

Einkommen



Bericht von Peter Krause, Christian Franz und Marcel Fratzscher

Einkommenschichten und Erwerbsformen seit 1995 551

Interview mit Peter Krause und Christian Franz

»Reguläre Arbeitsverhältnisse haben weiterhin eine hohe Bedeutung« 564

Bericht von Anita Tiefensee und Markus M. Grabka

Das Erbvolumen in Deutschland dürfte um gut ein Viertel größer sein als bisher angenommen 565

Am aktuellen Rand Kommentar von Dorothea Schäfer

Wer im Glashaus sitzt... 572



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang
6. Juli 2017

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Jan Goebel
Dr. Stefan Bach

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1976

Wie schon aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der Durchschnittseinkommen zu erkennen ist, hat die Einkommensdisparität zwischen Selbständigen- und Arbeitnehmer-Haushalten im Berichtsjahr weiter zugenommen, das Einkommensgefälle zwischen Arbeitnehmer- und Rentner-Haushalten ist dagegen erneut leicht zurückgegangen. Insgesamt hat sich die Ungleichheit der Haushaltseinkommen der sozialen Gruppen – als Folge der starken Zunahme von entnommenen Gewinnen auf der einen, der mäßigen Entwicklung von Löhnen und Gehältern auf der anderen Seite – im Jahr 1976 abermals vergrößert.

aus dem Wochenbericht Nr. 27 vom 7. Juli 1977

Einkommenschichten und Erwerbsformen seit 1995

Von Peter Krause, Christian Franz und Marcel Fratzscher

Dieser Bericht geht der Frage nach, wie sich die Schichtung der Einkommen und die Erwerbsformen der Bevölkerung in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten entwickelt haben. Seit Mitte der 1990er Jahre nahm die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland tendenziell zu. Dies erfolgte hauptsächlich bis 2005. Während weniger Menschen verfügbare Einkommen um den Median hatten, haben sich die Bevölkerungsanteile an den Rändern der Einkommensverteilung erhöht. Parallel erfolgten mehrere Veränderungen am Arbeitsmarkt: Die Erwerbstätigkeit stieg an, die Arbeitszeiten differenzierten sich zunehmend aus und nach 2005 nahm die Arbeitslosigkeit ab. Während sich die gestiegene Erwerbstätigkeit über fast alle Einkommenschichten erstreckt, spiegelt sie sich in unterschiedlicher Weise in den Einkommenschichten wider. So ist der Anteil der Menschen, die in ihrer Beschäftigung niedrig entlohnt wurden, in den Einkommenschichten unterhalb des Medians im Untersuchungszeitraum stetig angestiegen. Gleichzeitig waren 2014–15 reguläre Beschäftigungsverhältnisse insbesondere in den oberen Einkommenschichten häufiger als noch in der zweiten Hälfte der 1990er. In den Schichten um den Median waren reguläre Beschäftigungsverhältnisse jüngst ebenso verbreitet wie vor 20 Jahren, wobei auch hier die Arbeitslosigkeit zurückging. Zudem ist in diesen Schichten der Anteil derer, die einer niedrig entlohnten Beschäftigung nachgehen, gestiegen.

Die Verteilung der verfügbaren Einkommen und die Struktur der Erwerbsformen haben sich in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich verändert. Der vorliegende Bericht untersucht diese Veränderungen und ordnet sich damit in eine Reihe deutscher und internationaler Publikationen ein, die versuchen, langfristige Verschiebungen in der Gesellschaft entlang dieser Dimensionen zu kennzeichnen.^{1,2}

Die Untersuchung führt die Dimensionen von Einkommenschichtung und Beschäftigung zusammen. Damit wird eine differenziertere Beschreibung der Lebensrealität der deutschen Bevölkerung ermöglicht, die auch die Veränderungen entlang dieser Dimensionen über die Zeit darstellt. Der Bericht ergänzt und erweitert bisherige Untersuchungen des DIW Berlin zur Entwicklung der Einkommensverteilung³ sowie zu Beschäftigung und Löhnen.⁴ Von kausalen Erklärungen der Zusammen-

1 Vgl. Rakesh Kochhar (2017): Middle Class Fortunes in Western Europe. Pew Research Center. Washington, D.C.; OECD (2017): Employment Outlook 2017, OECD Publishing, Paris; Judith Niehues (2017): Die Mittelschicht in Deutschland – Vielschichtig und stabil. Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung Jg. 44, Nr. 1; Marcel Fratzscher (2015): Verteilungskampf – Warum Deutschland immer ungleicher wird. Hanser Verlag; Peter Krause (2015): Einkommensungleichheit in Deutschland. Wirtschaftsdienst, 95(8), 572–574.

2 Die globale Debatte zur Verteilung der Einkommen wurde nach der Finanz- und Wirtschaftskrise in verschiedenen Abwandlungen geführt (top one percent versus bottom 99 percent, „schrumpfende Mittelschicht“, Warnungen vor dem gestiegenen Armutsrisiko). Vor dem Hintergrund einer vorteilhafteren wirtschaftlichen Entwicklung wurde die Diskussion in Deutschland häufig im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsanstieg seit 2008 geführt und gefragt, wie gleichmäßig Menschen in Deutschland an der positiven Entwicklung teilhaben.

3 Vgl. Markus M. Grabka und Jan Goebel (2017): Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen: Erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit. DIW Wochenbericht Nr. 4, 71–82; Markus M. Grabka et al. (2016): Schrumpfender Anteil an BezieherInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland. DIW Wochenbericht Nr.18, 391–403; Jan Goebel, Markus M. Grabka und Carsten Schröder (2015): Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht. DIW Wochenbericht Nr. 25, 571–586.

4 Vgl. Karl Brenke und Alexander Kritikos (2017): Niedrige Stundenverdienste hinken bei der Lohnentwicklung nicht mehr hinterher. DIW Wochenbericht Nr. 21, 407–416; Michael Arnold, Anselm Mattes und Gert G. Wagner (2016): Normale Arbeitsverhältnisse sind weiterhin die Regel. DIW Wochenbericht Nr. 19, 419–427.

Kasten 1

SOEP-Daten nach Perioden, 1995 bis 2015

Das SOEP ist eine repräsentative Längsschnittserhebung der Bevölkerung in Deutschland. Die Daten des SOEP werden jährlich seit 1984 (West) und seit 1990 (gesamt) erfasst. Die vorliegenden Analysen beziehen sich auf die gesamtdeutsche Entwicklung zu den Erhebungsjahren 1995 bis 2015; die jährlich erhobenen Ergebnisse werden zu jeweils fünf Perioden zusammengefasst. Um methodisch bedingte Sprünge durch veränderte Antwortmuster bei Neubefragten zu vermeiden, werden jeweils neue Stichproben erst ab der zweiten Erhebungswelle einbezogen.¹ Die Ergebnisse sind an die jeweils verfügbaren Hochrechnungsrahmen angepasst. Infolge der rückwirkenden Angleichung an Zensusergebnisse (ab 2011) sowie der detaillierten Berücksichtigung der Migrationshintergründe (2010 und 2013) können sich methodisch bedingte Verschiebungen in den Bevölkerungsgruppen ergeben, die aber aufgrund der hohen Fallzahlen die hier aufgezeigten grundlegenden Entwicklungen nicht beeinträchtigen (Tabelle).

Tabelle

Fallzahlen¹

Perioden	Personenbeobachtungen		Beobachtete Personen	
	insgesamt	25- bis 64-Jährige	insgesamt	25- bis 64-Jährige
1995-1999	83 765	48 105	19 214	11 346
2000-2004	125 242	70 265	19 493	11 676
2005-2009	120 645	65 732	27 703	15 823
2010-2013	126 487	63 132	22 527	12 402
2014-2015	74 233	36 506	40 760	20 148

¹ Mit positive Personenhochrechnungsfaktoren, bei neuen Stichproben ohne die jeweilige Ersterhebung.

Anmerkung: Population: Personen in Privathaushalten.

Datenbasis: SOEPv32.

© DIW Berlin 2017

¹ Vgl. Markus M. Grabka und Jan Goebel (2017): Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen: Erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit. DIW Wochenbericht Nr. 4.

hänge wird dabei abgesehen. Empirische Grundlage für die personellen Verteilungsanalysen sind die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Kantar TNS jährlich im Längsschnitt erhobenen Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP).⁵

⁵ Vgl. Gert G. Wagner et al. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2 (2008), Nr. 4, 301-328.

Kasten 2

Einkommensschichtung

Der Einkommensschichtung werden die Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres zugrunde gelegt. Diese werden berechnet, indem für alle zum Interviewzeitpunkt im Haushalt lebenden Mitglieder die individuellen Einkommen aus dem letzten Kalenderjahr aufsummiert und um Einkommenskomponenten, die den Haushalt als Ganzen betreffen, ergänzt werden. Die Bedarfsgewichtung gemäß der OECD-Äquivalenzskala erfolgt ebenfalls aufgrund der Haushaltzusammensetzung zum Zeitpunkt der Befragung.¹ Eine Gegenüberstellung von monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und Vorjahreseinkommen findet sich in Kasten 4.

Die Einkommensschichtung nach Proportional Income Categories (PICs) wird gebildet nach einem parametergesteuerten Verfahren mit konstanten relativen Einkommensabständen. Die Parameter werden so gewählt, dass die Schichtung mit der mittleren Dezilsschwelle (Median) als Referenzwert sowie dem Schwellenwert der relativen Armut (60-Prozent-Median) übereinstimmen.

$$pic(y[\mathcal{E}]) = p^z \cdot z \text{ für}$$

z = Referenzwert für Einkommen y (Median)

p = Relativer Abstand, prozentualer Anstieg von y zwischen den Schwellenwerten {1,30}

ℰ = Parameter für Schwellenwerte der Einkommenskategorien von y {-3, ..., 4}

Der genaue relative Einkommensabstand p zur Identifikation der Armutsschwelle (60-Prozent-Median) beträgt gemäß

¹ Für eine detailliertere Beschreibung dieser Einkommensmessung vgl. Markus M. Grabka und Jan Goebel (2017): Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen: Erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit. DIW Wochenbericht Nr. 4.

Die Ergebnisse der jährlichen Wiederholungsmessungen, die den Zeitraum von 1995 bis 2015 umfassen,⁶ werden zur Darstellung der langfristigen Entwicklung für den Zeitraum 1995 bis 2009 in Fünfjahresperioden (1995-99, 2000-04, 2005-09) und für den jüngsten

⁶ Die Analysen beziehen sich auf alle aktuell im Haushalt lebenden Personen. Dabei werden auch die Ergebnisse der aktuellen Erwerbsbeteiligung im laufenden Jahr, mit den retrospektiv erfassten Haushaltseinkommen des Vorjahres verbunden (vgl. Kasten 4). Anders als bei anderen Berichten zur Einkommensverteilung mit derselben Operationalisierung der Haushaltseinkommen (vgl. Markus M. Grabka und Jan Goebel (2017), a. a. O.) wird in diesem Bericht deshalb anstelle des Einkommensjahrs das Erhebungsjahr zu der jeweils aktuellen Zusammensetzung des Haushalts und der für die Gewichtung maßgeblichen Bevölkerungsstruktur am Erhebungszeitpunkt ausgewiesen. Die Jahresangaben sind demgemäß um ein Jahr verschoben. Alle Einkommensangaben sind preisbereinigt, ausgewiesen zu Preisen von 2015.

Formel $\exp[(\ln(0.6)) / -2] = \sqrt{5/3} = 1,29099\dots$, für die Schichtung wurden hier für die relativen Einkommensabstände gerundete Werte $[p=1,30]$ zugrunde gelegt. Die in der Schichtung verwendete Armutsschwelle liegt aufgrund dieser Rundung bei 0,59171... Prozent des Medians.

PICs und Dezile im Vergleich

Im Unterschied zu der Dezilsschichtung werden die Schwellenwerte der Einkommensgruppen nicht durch konstante Bevölkerungsanteile, sondern durch konstante relative Einkommensabstände definiert.

Im Zeitverlauf sind Veränderungen der Schwellenwerte bei der Einkommensschichtung (PICs) von der Entwicklung des Referenzwertes (Median) abhängig, während Schwellenwerte bei den Dezilen allein durch die Bevölkerungsanteile bestimmt werden. Die Bevölkerungsanteile bleiben in der Dezildarstellung über die Zeit hinweg konstant, während sich anhand der PIC-Darstellung die Bevölkerungsentwicklung der jeweiligen Einkommensgruppen ablesen lässt (Tabelle oben).

Bei der Einkommensschichtung kann eine Person selbst bei steigenden Einkommen in der Folgeperiode in eine niedrigere Einkommensschicht fallen, wenn ihr Einkommen weniger steigt als das Medianeinkommen und diese Person so weniger an der allgemeinen Einkommensentwicklung partizipiert. Der Median (äquivalenzgewichtet, zu Preisen von 2015) stieg über den beobachteten Zeitraum von 18733 Euro (1995 bis 1999) auf 20053 (2014 bis 2015) um 7,1 Prozentpunkte an (Tabelle unten). Der Anstieg war nicht in jeder Periode gleich, er stagnierte gegenüber den Vorperioden in den Zeiträumen 2005-09 und 2014-15.²

² Bei der Interpretation Einkommensentwicklung ist auch die Anpassung des Hochrechnungsrahmens zu berücksichtigen, bei dem Zensusergebnisse (ab 2011) sowie Differenzierungen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (ab 2010 und 2013) detaillierter erfasst werden.

Zeitraum ab 2010 in zwei Perioden (2010-13, 2014-15) zusammengefasst. Diese Darstellungsweise gewährleistet infolge der hohen Fallzahlen der Beobachtungspunkte neben der Robustheit der Ergebnisse auch tiefergehende Differenzierungen bei der Abbildung von langfristigen Trends (Kasten 1).⁷

⁷ Ungeachtet der kontinuierlichen Erfassung und regelmäßigen Auffrischung der Stichproben gehen bei der langfristigen Entwicklung auch methodische Effekte durch Anpassungen des Hochrechnungsrahmens ein. So werden Revisionen der Bevölkerungsentwicklung durch Zensusergebnisse erst ab 2011 berücksichtigt. Ab 2010 und 2013 werden auch weitergehende Differenzierungen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund stärker berücksichtigt. Neue Stichproben werden in allen Analysen erst ab der jeweiligen zweiten Erhebungswelle einbezogen.

Tabelle

Dezile und PICs im Vergleich

Dezile (Bevölkerungsschichtung)

2014-15	Bevölkerungsanteil (Prozent)	Schwellenwert (maximal)	relativer Einkommensabstand
1. Dezil	10,00	10 479	-
2. Dezil	10,00	13 295	1,27
3. Dezil	10,00	15 567	1,17
4. Dezil	10,00	17 844	1,15
5. Dezil	10,00	med = 20 053	1,12
6. Dezil	10,00	22 598	1,13
7. Dezil	10,00	25 840	1,14
8. Dezil	10,00	30 165	1,17
9. Dezil	10,00	37 519	1,24
10. Dezil	10,00	-	-

PICs (Einkommensschichtung)

2014-15 (Prozent des Medians)	Bevölkerungsanteil (Prozent)	Schwellenwert (maximal)	relativer Einkommensabstand
< 46	6,53	9 131	-
46 bis <60	8,15	11 873	1,30
60 bis <77	14,49	15 433	1,30
77 bis <100	20,84	med=20 053	1,30
100 bis <130	21,07	26 081	1,30
130 bis <169	14,96	33 900	1,30
169 bis <220	8,09	44 083	1,30
220 bis <286	3,97	57 197	1,30
≥ 286	1,90	-	-

Im Unterschied zu der Dezilsschichtung werden die Schwellenwerte der Einkommensgruppen nicht durch konstante Bevölkerungsanteile, sondern durch konstante relative Einkommensabstände definiert.

Datenbasis: SOEPv32.

© DIW Berlin 2017

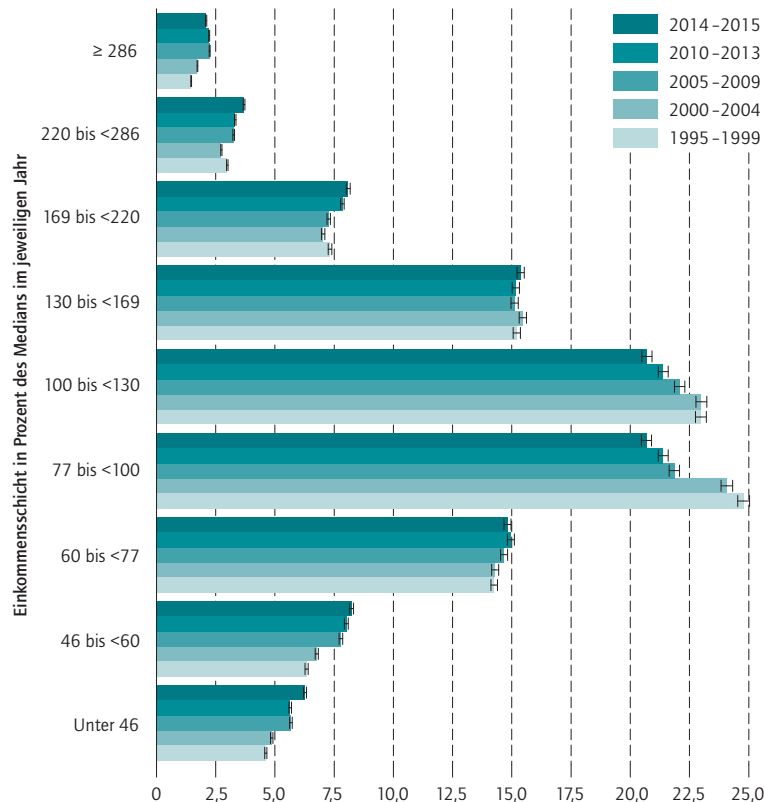
Einkommensschichtung der Bevölkerung hat sich in den vergangenen 20 Jahren verschoben

Die Einteilung der Bevölkerung entlang von Einkommensschichten kann auf verschiedene Arten durchgeführt werden. Diese Einteilungen treffen bestimmte Annahmen über die Frage, wie viele Menschen über niedrige, mittlere oder hohe Einkommen verfügen. Für die folgende Analyse werden die Schichten relativ zum mittleren Einkommen (Median) der Bevölkerung im jeweils betrachteten Jahr gebildet. Die Schichtgrenzen werden ausgehend vom Median unter Einbeziehung der Armutsriskoschwelle gebildet (diese liegt bei 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens der Gesamt-

Abbildung 1

Entwicklung der Einkommensschichten¹

Bevölkerungsanteile 1995–2015, in Prozent der Gesamtbevölkerung



¹ Schichtgrenzen gerundet. Zur Methodik siehe Kasten 1 und 2.

Anmerkung: Reale verfügbare Haushaltseinkommen zu Preisen von 2015, OECD-Äquivalenzgewichtung. Population: Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Lesbeispiel: Durchschnittlich 24,1 Prozent der Gesamtbevölkerung verfügten in den Jahren 2000 bis 2004 über Haushaltseinkommen (äquivalenzgewichtet), die zwischen 77 Prozent des Medians und dem mittleren Einkommen aller Haushalte lagen.

Quellen: SOEPv32; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Die Einkommensschichten um den Median nahmen ab, die Ränder wuchsen an.

bevölkerung).⁸ Dabei wird der Abstand zwischen den Einkommensgruppen konstant gehalten – bei gleichzeitig variierenden Bevölkerungsanteilen (Kasten 2). Die Darstellung anhand dieser Einkommensschichten hat gegenüber der Dezilsbetrachtung den Vorteil, dass dabei nachgebildet werden kann, wie sich die Anzahl der Menschen in einer Einkommenschicht verändert hat.

⁸ Vgl. auch die Definition des Begriffs „Armut“ im DIW-Glossar (online verfügbar).

Die Ränder verbreitern sich, weniger Haushalte verfügen über mittlere Einkommen

Die Schichtung der Gesamtbevölkerung nach preisbereinigten verfügbaren Haushaltseinkommen lässt drei Befunde zu (Abbildung 1). Erstens ist der Teil der Bevölkerung, der in Haushalten mit einem Einkommen um den Median lebt (77 bis 130 Prozent des Median im jeweiligen Jahr), zurückgegangen. Ende der 1990er Jahre zählten noch 48 Prozent der Bevölkerung in Deutschland zu diesen Einkommensschichten. Bis 2014–15 schrumpfte dieser Anteil auf rund 41,4 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung mit Einkommen über 77 und unter 100 Prozent des Medianeinkommens ist dabei stetig von 24,8 auf 20,7 Prozent geschrumpft.

Zweitens lebte 2014–15 ein größerer Teil der Bevölkerung in Deutschland in Haushalten mit relativ geringen Einkommen. Der Bevölkerungsanteil der beiden Gruppen unter der Armutrisikoschwelle lag 2014–15 etwa 3,6 Prozentpunkte höher als noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.⁹ Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass innerhalb dieser von Armut bedrohten Bevölkerung auch die Anzahl an Menschen in strenger Armut (weniger als 46 Prozent des Medianeinkommens) seit Ende der 1990er Jahre deutlich angestiegen ist.

Drittens stieg der Anteil der Menschen, die über mehr als 169 Prozent des Medianeinkommens verfügten, seit spätestens Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich an. So gehörten 2014–15 fast 14 Prozent der deutschen Bevölkerung diesen Schichten an (1995–99: 11,8 Prozent).

Zusammengenommen ergibt sich so ein Bild der gestiegenen Ungleichheit: Sowohl die unteren als auch die oberen Einkommensschichten sind angewachsen. Gleichzeitig gab es immer weniger Menschen in Deutschland, die über Haushaltseinkommen rund um das Medianeinkommen verfügten. In den dazwischen liegenden Einkommensgruppen haben sich die Bevölkerungsanteile im Saldo indes kaum verändert.

Diese Entwicklung erstreckt sich über den gesamten Zeitraum. Lediglich bei den Haushalten mit den höch-

⁹ Nach der vorliegenden Einkommensschichtung liegt der Bevölkerungsanteil unterhalb der Armutsschwelle im Zeitraum 1995/99 bei elf Prozent und 2014/15 bei 14,5 Prozent. Diese bei der Einkommensschichtung implizierte Armutrisikoquote unterscheidet sich geringfügig von entsprechenden bereits veröffentlichten Berechnungen zur Armutrisikoquote auf Basis des SOEP (vgl. Markus M. Grabka und Jan Goebel (2017), a. a. O. sowie Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland – 5. Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin). Hierfür sind zwei Gründe (zu etwa gleichen Teilen) maßgebend: Zum einen wird in diesem Bericht das Haushaltseinkommen ohne Berücksichtigung von Einkommensvorteilen durch selbstgenutztes Wohneigentum (imputed rent) verwendet. Zum zweiten wurden bei der Schichtung die relativen Einkommensabstände auf 1,30 gerundet (vgl. Kasten 2). Zudem werden die Werte pro Periode als Mittelwerte ausgewiesen.

ten Einkommen und der Schicht mit Einkommen von 60 bis unter 77 Prozent des Medianeinkommens kam es zwischen 2010–13 und 2014–15 zu einer Trendumkehr (die aber nur bei den höchsten Einkommen statistisch signifikant ist). In der Schicht gerade unterhalb des Medianeinkommens war insbesondere in der Mitte der 2000er Jahre eine starke Verschiebung der Bevölkerungsanteile zu beobachten.

Wie stark sich die Spreizung der verfügbaren Haushaltseinkommen auf die Einkommensschichtung auswirkt, ist bei dem hier verwendeten Konzept auch von der Entwicklung des Referenzwertes – hier: dem Medianeinkommen – sowie den Entwicklungen der Einkommen zu diesem Referenzwert abhängig (Kasten 2). Dieser stieg bei den realen verfügbaren Haushaltseinkommen seit 1995–99 von rund 18 733 Euro auf 20 053 Euro in der Periode 2014–15 an – ein Anstieg um 7,1 Prozent. Steigt der Referenzwert (Median), verschieben sich die Grenzen der Einkommensschichten entsprechend nach oben.

Ein weiterer viel diskutierter Faktor hinter der Spreizung der verfügbaren Haushaltseinkommen ist die Veränderung der Haushaltsstruktur in der Bevölkerung. Allerdings weisen jüngste Untersuchungsergebnisse zum Übergang in die Armut im Erwachsenenalter darauf hin, dass in vier von fünf Fällen gesunkene Haushaltseinkommen aufgrund einer gesunkenen Erwerbsintensität im Haushalt den Abstieg in die Armut verursachen.¹⁰

Ungleichheit der Markteinkommen

Die Haushaltsmarkteinkommen spiegeln wider, ob und wie Menschen in der Lage sind, durch ihre eigene Arbeit zusammen mit anderen Haushaltsmitgliedern für den gemeinsamen Lebensunterhalt zu sorgen. Schon seit Beginn der 1990er Jahre war eine deutliche Steigerung der Ungleichheit bei den Haushaltsmarkteinkommen (vor Steuern und Transfers) zu beobachten, die bis Mitte der 2000er Jahre anhielt und im weiteren Verlauf zunächst auf einem anhaltend hohen Niveau verharrte (Tabelle 1). Dabei ist dieser Trend auch zu beobachten, wenn man die Renten nicht berücksichtigt. Aktuelle Analysen weisen auf eine zuletzt verhaltene Zunahme der Einkommensspreizung hin.

Die Umverteilungsleistung durch Steuern und Sozialabgaben, die eine maßgebliche Rolle bei den verfügbaren Einkommen spielen, ist im internationalen Vergleich

zwar weiterhin relativ hoch, sie hat sich jedoch im Analysezeitraum insgesamt etwas verringert. Sie dürfte für die Erhöhung der Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen keine entscheidende Rolle gespielt haben. Vielmehr hat die Zunahme der Einkommensungleichheit mit tiefgreifenden Veränderungen am Arbeitsmarkt zu tun.

Veränderungen am Arbeitsmarkt: Höhere Erwerbsbeteiligung, Verschiebung der Erwerbseinkommen und Ausdifferenzierung der Arbeitszeiten

Der Arbeitsmarkt unterlag in den vergangenen 20 Jahren großen Veränderungen in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung, die Arbeitszeiten und das Lohngefüge.

Erwerbsbeteiligung ist gestiegen

Die Erwerbsbeteiligung, gemessen an der Erwerbstätigenquote, ist bei der Erwerbsbevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren zwischen den Perioden 1995–99 und 2014–15 kontinuierlich von knapp 70 Prozent auf rund 80 Prozent gestiegen (Tabelle 2). Bei den Männern nahm die Quote von 79 Prozent auf 84 Prozent zu, bei den Frauen überproportional von 57 Prozent auf 73 Prozent. Die zunehmende Erwerbsbeteiligung ist indes nicht nur auf die höhere Erwerbsorientierung von Frauen zurückzuführen. Bei der Differenzierung nach Altersgruppen weisen insbesondere höhere Altersgruppen einen überproportionalen Beschäftigungsanstieg auf. Bei den 55- bis 64-Jährigen ist die Erwerbsbeteiligung zwischen 1995 und 2015 von rund 41 Prozent auf 64 Prozent gestiegen.

Erwerbseinkommen haben sich bis 2005 zunehmend ungleich entwickelt

Die individuellen Erwerbseinkommen und Löhne von 25- bis 64-Jährigen weisen nach 2005 einen Rückgang auf und haben sich nach 2010 wieder erhöht (Tabelle 3). So sind die monatlichen Erwerbseinkommen zwischen 1995 und 2015 im Durchschnitt (arithmetisches Mittel) von 2 810 Euro nach einem Rückgang wieder auf 2 815 Euro gestiegen, die mittleren Einkommen (Median) sanken mit zwischenzeitlichen Schwankungen von 2 566 Euro auf 2 500 Euro. Die Löhne sind im selben Zeitraum im Durchschnitt von 17,84 Euro pro Stunde zwischenzeitlich auf 17,32 Euro pro Stunde gesunken und haben sich bis 2015 wieder auf 17,78 Euro pro Stunde erhöht. Dabei hat sich auch die Ungleichheit der Erwerbseinkommen (und Löhne), gemessen am Gini-Koeffizienten¹¹, von 0,31 (0,29) auf 0,37 (0,31) erhöht. Der Anteil an Beziehern niedriger Erwerbseinkommen stieg dabei

¹⁰ Siehe hierzu beispielsweise Jan Goebel, Markus M. Grabka und Carsten Schröder (2015), a. a. O.; Martin Biewen und Steffen Hillmert (2015): Aktuelle Entwicklungen der sozialen Mobilität und der Dynamik von Armutsrisiken in Deutschland (Follow Up-Studie zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung) – Abschlussbericht. Tübingen: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung; Martin Biewen, Andos Juhasz (2012): Understanding Rising Inequality in Germany, 1999/2000 – 2005/06. *Review of Income and Wealth* 58, 62–647.

¹¹ Vgl. Definition des Begriffs „Gini-Koeffizient“ im DIW-Glossar (online verfügbar).

Tabelle 1

Entwicklung der Ungleichheit der Haushaltseinkommen zwischen 1995 und 2015

In Euro

	1995-1999	2000-2004	2005-2009	2010-2013	2014-2015
Verfügbares Haushaltseinkommen					
Mean	20 955	22 075	22 413	22 986	23 021
Median	18 733	19 724	19 600	20 052	20 053
Gini	0,25	0,26	0,28	0,28	0,29
Haushaltsmarkteinkommen ohne Renten					
Mean	23 813	24 470	24 239	25 135	25 239
Median	21 049	21 108	20 176	21 014	20 781
Gini	0,46	0,48	0,50	0,50	0,51
Haushaltsmarkteinkommen mit Renten					
Mean	27 740	28 812	28 471	29 420	29 614
Median	23 878	24 243	23 575	24 459	24 404
Gini	0,35	0,36	0,39	0,38	0,39
Reduktion der Ungleichheit durch Sozialstaatliche Umverteilung (in Prozent)					
Gini (o.Rente) ¹	45,1	46,2	43,8	43,0	42,8
Gini (m.Rente) ¹	27,0	27,9	26,6	25,6	25,7

1 $((\text{Gini-Haushaltsmarkteinkommen} - \text{Gini-Haushaltsnettoeinkommen}) / \text{Gini-Haushaltsmarkteinkommen}) \times 100$.

Anmerkung: Reale Einkommen in Preisen von 2015. Population: Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen wurden jeweils im Folgejahr erhoben. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quellen: SOEPv32; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

kontinuierlich von 24,4 Prozent auf 33,7 Prozent und der Anteil an Beschäftigten mit geringen Löhnen erhöhte sich von 16,7 Prozent auf 24,5 Prozent. Die Zunahme der Ungleichheit bei den Bruttostundenlöhnen hat sich allerdings in den vergangenen Jahren etwas abgeschwächt, wie Analysen für den Zeitraum zwischen 2010 und 2015 zeigen.¹² Auch der Anteil des Niedriglohnssektors stieg seit etwa 2007 nicht weiter an und fluktuiert seitdem in einem Bereich zwischen 23,5 und 25,0 Prozent.¹³

Stärker ausdifferenzierte Arbeitszeiten

Während der Anteil an Vollzeitbeschäftigten (hier: mehr als 30 Wochenstunden) hoch blieb, haben sich die Arbeitszeitarrangements in den Beschäftigungsverhältnissen ausdifferenziert (Abbildung 2). So hat sich zwischen 1995 und 2015 der Anteil der 25- bis 64-jährigen Beschäftigten, die bis zu 30 Wochenstunden arbeiten, von 17,2 Prozent auf 33,5 Prozent aller Beschäftigten in dieser Altersgruppe erhöht; der Anteil an geringfügig Beschäftigten mit weniger als 15 Wochenstunden stieg von 4,4 Prozent auf 8,6 Prozent. Derartige geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind nicht a priori mit problematischen Einkommenslagen im Haushalt gleichzusetzen. Sie können bei finanzieller Absicherung des Haushalts auch als entlohnte Beschäftigungen am Rande des Arbeitsmarktes erfolgen – etwa in der Ausbildungsphase, nach Erreichen der Ruhestandsgrenze, als Beschäftigung mit ergänzenden Einkommen im Haushalt oder um die Bindung an den Arbeitsmarkt zu bewahren.

Bedeutung bestimmter Erwerbsformen hat sich verändert

Um die Einkommensschichtung für die gesamte Bevölkerung mit den Beschäftigungssituationen zusammenzuführen, wird die Gesamtbevölkerung, und nicht nur die 25- bis 64-Jährigen, in fünf Gruppen hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben unterteilt, die wiederum in jeweils drei Kategorien aufgegliedert werden können (Kasten 3): (1) *Regulär Erwerbstätige*, mit abhängigen Arbeitsverhältnissen (einschließlich Beamte, ohne Zeitarbeit) in Vollzeit (mehr als 30 Wochenstunden) oder Teilzeit (15 bis 30 Wochenstunden) sowie Selbständige im Umfang von mindestens 15 Wochenstunden; (2) *atypisch Beschäftigte* in Zeitarbeit, regulär oder atypisch Beschäftigte mit Niedriglöhnen (Stundenlöhne von weniger als 66 Prozent des Medians aller Vollzeit-Erwerbstätigen)¹⁴, sowie alle Formen geringfügiger

Tabelle 2

Erwerbstätigenquote¹ nach Altersgruppen, 1995 bis 2015 (25- bis 64-Jährige)

		1995-1999	2000-2004	2005-2009	2010-2013	2014-2015
25-64	insgesamt	68,49	71,17	75,12	78,50	79,53
	Männer	79,31	79,56	82,33	83,68	84,12
	Frauen	57,41	62,62	67,86	73,31	74,93
25-34	insgesamt	74,22	75,29	76,23	77,28	77,82
	Männer	85,98	85,44	83,77	80,98	82,30
	Frauen	61,87	64,78	68,58	73,54	73,20
35-54	insgesamt	79,22	80,82	82,21	85,16	84,82
	Männer	89,81	88,93	88,95	90,40	89,78
	Frauen	68,39	72,56	75,32	79,84	79,80
55-64	insgesamt	40,76	44,90	55,52	64,46	70,12
	Männer	50,61	51,96	63,10	70,52	73,78
	Frauen	30,91	37,85	48,21	58,66	66,60

1 Erwerbstätigenquote (Anteil der Erwerbstätigen an allen Personen der jeweiligen Altersgruppe).

Anmerkung: Population: Personen in Privathaushalten, 25 bis 64 Jahre.

Datenbasis: SOEPv32; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

12 Karl Brenke und Alexander Kritikos (2017), a. a. O.

13 Vgl. Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf (2015): Niedriglohnbeschäftigung 2013: Stagnation auf hohem Niveau. Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, 2015-03.

14 In Anlehnung an die Definition der OECD wird Niedriglohn als ein Bruttostundenlohn gekennzeichnet, der unterhalb von zwei Dritteln des nationalen

Beschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden inklusive gelegentlicher Tätigkeiten oder Nebentätigkeiten einschließlich der von Mithelfenden (bei Nichterwerbstätigen oder Beschäftigten ohne Angaben zur Arbeitszeit); (3) *Arbeits- und Erwerbslose* einschließlich besonderer sozialpolitisch bedingter Erwerbsformen (Mutterschutz/ Elternzeit, Wehr-, Zivildienst; Altersteilzeitmodelle; Kurzarbeit) sowie Nichterwerbstätige mit aktivem Bezug zum Arbeitsmarkt (Stille Reserve); (4) *in Ausbildung* Stehende, mit überwiegendem Beschäftigungsanteil von mindestens 20 Wochenstunden (berufliche Ausbildung, Volontäre, Lehre, duale Ausbildungsformen), SchülerInnen, StudentInnen und Lehrlinge mit überwiegendem Ausbildungsdeputat und ergänzender Erwerbsbeteiligung im Umfang von weniger als 20 Wochenstunden oder ohne Erwerbstätigkeit; und (5) *Nicht-Erwerbstätige* einschließlich Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre oder Ältere ab 65 Jahren.

Die langfristige Entwicklung (Abbildung 3) wird von demografischen Veränderungen geprägt: Der Anteil der Älteren ab 65 Jahre ist gestiegen, der Anteil an Kindern und Jugendlichen gesunken. Auch hat sich die Erwerbsbeteiligung bei den 18- bis 64-Jährigen erhöht. Der Anteil an Arbeitslosen ist bis 2006 gestiegen, nahm anschließend aber wieder ab. Der Anteil an atypischen Erwerbsformen hat in allen Bereichen (Zeitarbeit; Niedriglohn; geringfügige Beschäftigung) über die Zeit zugelegt. Der Anteil an regulär Erwerbstätigen und hierbei insbesondere die Gruppe der Normalarbeitsverhältnisse (Vollzeit abhängig Beschäftigte) ist bis 2006 gesunken und stieg danach wieder an, blieb aber leicht unterhalb des Ausgangsniveaus im Jahr 1995. Dieser Befund korrespondiert auch mit früheren Untersuchungen zu regulären Beschäftigungsverhältnissen.¹⁵

Mobilität zwischen Erwerbsformen zuletzt geringer als vor 20 Jahren

Wenn die Erwerbsbeteiligung steigt, gleichzeitig aber die Normalarbeitsverhältnisse stagnieren und die Beschäftigungsverhältnisse mit Niedriglöhnen zunehmen, deutet das auf Verschiebungen bei den Übergängen zwischen den Erwerbsformen hin. Ausgehend von den fünf Grundformen der Erwerbsformen zeigen sich einerseits Verstetigungen sowohl bei den regulär Erwerbstätigen wie auch bei den atypisch Beschäftigten (Tabelle 4): In beiden Gruppen stiegen die Stabilitätsquoten gegenüber der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Unter den regulär Erwerbstätigen verblieben innerhalb von drei Jahren etwa 84 Prozent in dieser Gruppe (1995–99: 80,5 Prozent). Bei den atypischen Erwerbsformen ist

Medianbruttolohns aller Vollzeitbeschäftigten (über 30 Stunden pro Woche) liegt.

15 Michael Arnold, Anselm Mattes und Gert G. Wagner (2016), a. a. O.

Tabelle 3

Entwicklung der Erwerbseinkommen und Löhne von 1995 bis 2015

In Euro

	1995-1999	2000-2004	2005-2009	2010-2013	2014-2015
Individuelles monatliches Bruttoerwerbseinkommen					
Mean	2 814,31	2 880,54	2 798,63	2 758,47	2 815,42
Median	2 565,51	2 595,47	2 540,54	2 464,07	2 500,00
Gini	0,31	0,34	0,36	0,36	0,37
Niedrigeinkommen ¹ (Prozent)	24,43	28,74	32,46	32,43	33,68
Bruttostundenlöhne					
Mean	17,84	17,88	17,45	17,32	17,78
Median	15,52	16,06	15,64	15,27	15,58
Gini	0,29	0,28	0,30	0,31	0,31
Niedriglöhne ² (Prozent)	16,72	19,56	22,54	23,73	24,54

1 Niedrigeinkommen: Einkommen kleiner oder gleich 60 Prozent des Medianeinkommens aus Vollzeitarbeitsverhältnissen (über 30 Stunden pro Woche).

2 Niedriglöhne: kleiner oder gleich 60 Prozent des Medianstundenlohns aus Vollzeitarbeitsverhältnissen (über 30 Stunden pro Woche).

Anmerkung: Reale Einkommen und Löhne in Preisen von 2015. Population: Personen in Privathaushalten im Alter von 25 bis 64 Jahren.

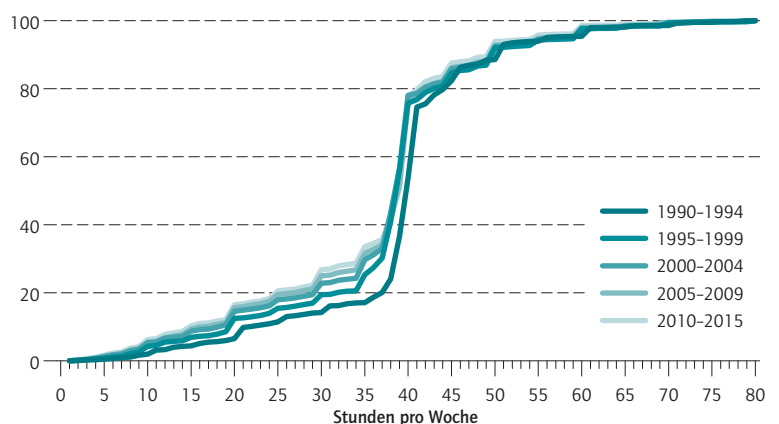
Quellen: SOEPv32; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Abbildung 2

Entwicklung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit 1990 bis 2015

In Prozent



Anmerkung: Population: Personen in Privathaushalten mit Wochenarbeitszeit > 0.

Quellen: SOEPv32; eigene Berechnungen.

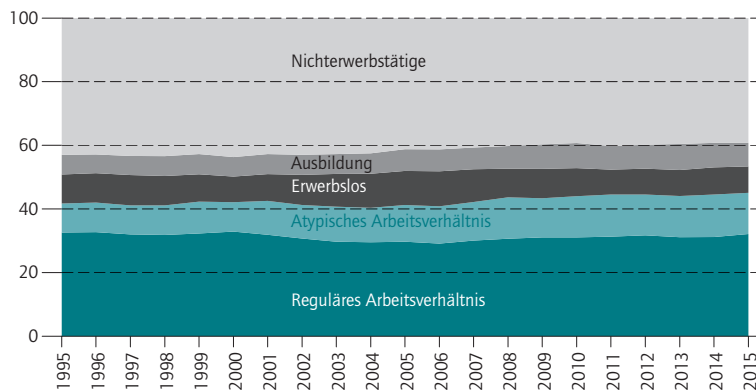
© DIW Berlin 2017

Arbeitszeiten in den Beschäftigungsverhältnissen haben sich seit 1990 stetig ausdifferenziert.

Abbildung 3

Erwerbsformen in der Gesamtbevölkerung, 1995-2015

In Prozent der Gesamtbevölkerung



Anmerkung: Population in Privathaushalten. Zur Typologie der Erwerbsformen siehe Abbildung in Kasten 3.

Quellen: SOEPv32; eigene Berechnungen..

© DIW Berlin 2017

Der Anteil der Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wächst.

Tabelle 4

Übergangsmatrizen zwischen Erwerbsformen, 25- bis 64-Jährige

Anteil der Menschen, die nach drei Jahren in ihrer Erwerbsform verblieben (farbig) oder in eine andere übergegangen sind, in Prozent, Periodendurchschnitte

	Reguläres Arbeitsverh.	Atypisches Arbeitsverh.	Erwerbslos	Ausbildung	Nicht-erwerbstätige	
Reguläres Arbeitsverhältnis						
1995-1999	80,5	6,3	7,0	1,1	5,2	100
2000-2004	79,2	7,8	8,1	1,0	4,0	100
2005-2009	83,7	7,4	5,3	0,7	2,9	100
2010-2013	83,9	7,1	5,5	1,0	2,5	100
Atypisches Arbeitsverhältnis						
1995-1999	26,2	49,6	12,6	0,9	10,7	100
2000-2004	22,0	52,9	14,5	1,3	9,3	100
2005-2009	25,1	57,5	10,0	1,4	6,1	100
2010-2013	25,2	55,9	10,9	1,4	6,6	100
Erwerbslos						
1995-1999	17,5	17,0	39,8	3,0	22,8	100
2000-2004	13,5	18,7	47,0	1,8	19,0	100
2005-2009	15,1	23,4	44,6	1,2	15,7	100
2010-2013	15,3	20,4	46,1	3,0	15,3	100
Ausbildung						
1995-1999	47,1	10,1	12,7	28,7	1,4	100
2000-2004	42,9	13,1	15,0	25,9	3,1	100
2005-2009	47,7	12,7	10,3	28,3	1,1	100
2010-2013	47,5	15,4	11,2	24,6	1,3	100
Nichterwerbstätige						
1995-1999	1,1	6,3	3,6	0,5	88,5	100
2000-2004	0,9	5,8	5,0	0,2	88,2	100
2005-2009	1,0	6,8	4,5	0,4	87,2	100
2010-2013	1,0	6,6	4,2	0,5	87,7	100

Anmerkung: Population in Privathaushalten.

Lesebeispiel: Durchschnittlich 80,5 Prozent aller Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die in den Jahren 1995 bis 1999 in einem regulären Beschäftigungsverhältnis waren, befanden sich auch noch drei Jahre später in einem solchen Arbeitsverhältnis.

Quellen: SOEPv32; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

die Stabilitätsquote erwartungsgemäß deutlich geringer als bei den regulären Erwerbsverhältnissen. Sie nahm jedoch im untersuchten Zeitraum von 50 Prozent auf 56 Prozent zu. Gut ein Viertel der Menschen mit atypischen Erwerbsformen ging nach drei Jahren in reguläre Arbeitsverhältnisse über. Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind somit eine wichtige Zwischenstation zur regulären Erwerbstätigkeit geworden. Infolge der gestiegenen Erwerbsbeteiligung ist es für atypisch Beschäftigte unwahrscheinlicher als früher geworden, in die Nicht-Erwerbstätigkeit abzurutschen. Sie sind aber viel eher betroffen als regulär Beschäftigte. Bei Erwerbslosen überwiegen mittlerweile Übergänge in atypische Erwerbsformen im Vergleich zu den direkten Zugängen zu regulären Beschäftigungen. Ein Großteil der Menschen, die im Alter von 25 Jahren in Ausbildung waren, fand nach drei Jahren den Weg in reguläre Beschäftigungen.

Veränderung der Erwerbsformen in den Einkommensschichten

Die Quote an regulären Beschäftigungsverhältnissen ist in Deutschland insgesamt konstant geblieben, hat sich aber in den einzelnen Einkommensschichten unterschiedlich entwickelt (Abbildung 4). In der Zusammenführung der obigen Klassifizierung der Erwerbsformen mit der Einkommensschichtung zeigt sich, inwiefern die Veränderungen am Arbeitsmarkt die jeweiligen Gruppen betrafen (Tabelle 5).

In der Schicht mit höchstem Einkommen nahm über den gesamten Zeitraum der Anteil in regulären Beschäftigungsverhältnissen zu. In den Gruppen mit einem Einkommen unterhalb des Medians hat der Anteil der regulären Beschäftigungsverhältnissen zwischen 1995-99 und 2014-15 dagegen abgenommen (von 7,8 auf fünf Prozent), ohne dass die Entwicklung in diese Richtung stetig gewesen wäre. Die größten Veränderungen fanden zwischen 1995-99 und 2000-04 statt.

In diesen Einkommensschichten ist der Anteil der atypisch Beschäftigten, insbesondere mit niedrigen Löhnen, über den gesamten Zeitraum gestiegen. Besonders ausgeprägt war die Zunahme bei Schichten unterhalb des Medianeinkommens, bei den Einkommensgruppen direkt um den Median kam es in der jüngeren Vergangenheit zu einer Abschwächung dieses Trends.

Der Anteil der Arbeits- und Erwerbslosen war 2014-15 in fast allen Einkommensschichten niedriger als noch 1995-99. Die einzige Ausnahme bildet die Einkommensschicht mit Einkommen unter 60 Prozent des Medianeinkommens. Im Vergleich zu 1995-99 waren Menschen aus dieser Gruppe 2014-15 häufiger erwerbslos – auch wenn es zwischenzeitlich zu einer Erholung kam.

Kasten 3

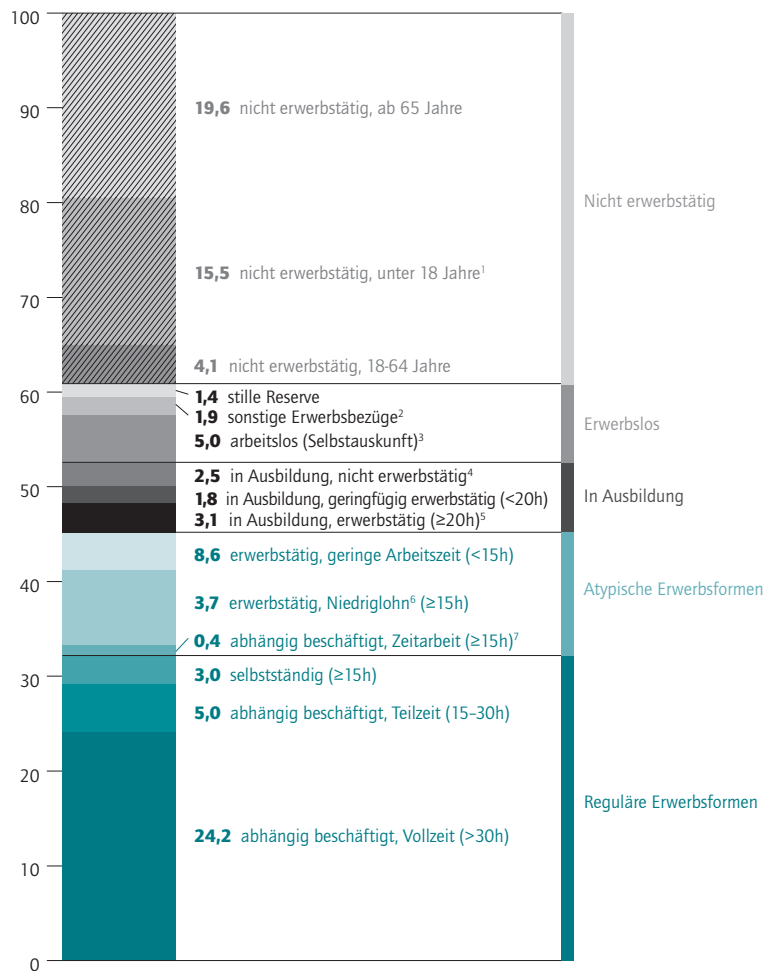
Detaillierte Typologie der Erwerbsformen

Die hier verwendete Erwerbstypologie (Abbildung) umfasst die gesamte Bevölkerung. Dies ermöglicht es, Nichterwerbspersonen, Erwerbspersonen und Erwerbstätige in einer Typologie darzustellen sowie Ausbildungsphasen und „Randformen“ von Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit (Erwerbstätigkeit neben/ im Rahmen der Ausbildung, Nebentätigkeiten, unregelmäßige Erwerbstätigkeit, Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit etc.) explizit einzuordnen. Bei Beschäftigten wird zwischen regulären und atypischen Erwerbsformen unterschieden. Als reguläre Erwerbstätige gelten sozialversicherungspflichtige abhängige Beschäftigte und Beamte in Voll- und Teilzeit, die nicht in einem Zeitarbeitsverhältnis stehen, sowie Selbständige. Als regulär zählt eine Erwerbsform in dieser Darstellung zudem nur dann, wenn sie nicht von Niedriglohn (Stundenlohn) oder geringer Arbeitszeit (unter 15 Stunden pro Woche) betroffen ist. Reguläre Erwerbsformen sind somit eine erweiterte Definition von Normalarbeitsverhältnissen, die neben der Arbeitszeit insbesondere auch den Lohn als Kriterium berücksichtigen. Als atypische Erwerbsformen werden üblicherweise solche bezeichnet, die vom Normalarbeitsverhältnis abweichen. In der vorliegenden Typologie unterscheiden sich atypische Erwerbsformen von regulären Erwerbsformen in Bezug auf Arbeitszeit, Lohn und Art der Anstellung (Zeitarbeit). Andere Abgrenzungen (beispielsweise im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung,¹ oder vom Statistischen Bundesamt) beziehen sich auf Arbeitszeit, Art der Anstellung (Zeitarbeit), Befristung und geringfügige Beschäftigung (nicht mehr als 450 Euro im Monat oder drei Monate im Jahr). Im Unterschied zu den genannten Definitionen differenziert die vorliegende Typologie die gesamte Bevölkerung in überschneidungsfreie Grund- und Subgruppen und bezieht sich nicht allein auf Erwerbstätige.

Abbildung

Kennzeichnung der Bevölkerung in Deutschland nach Erwerbsformen

In Prozent der Gesamtbevölkerung, Werte für 2015



1 Alle Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.
 2 Beinhaltet Mutterschutz, Elternzeit, Wehr-, Zivildienst, ökologischer Dienst.
 3 Hierbei werden alle Personen einbezogen, die nach eigenen Angaben derzeit arbeitslos (gemeldet) sind - die Selbstauskunft schließt auch Personen ein, die bei der Bundesanstalt für Arbeit nicht oder nicht mehr als registrierte Arbeitslose erfasst beziehungsweise ausgewiesen werden.
 4 Beinhaltet SchülerInnen, Auszubildende, Studierenden ab 18 Jahren.
 5 Inklusive Volontäre und Auszubildende.
 6 Ab 2001 erfasst.
 7 Lohn ist definiert als: [monatliches Bruttoerwerbseinkommen (imp.) / [wöchentliche Arbeitszeit* [13/3]]. Niedriglohn ist definiert als: <66% des Medianlohns aller Vollzeit Erwerbstätigen (>30h).

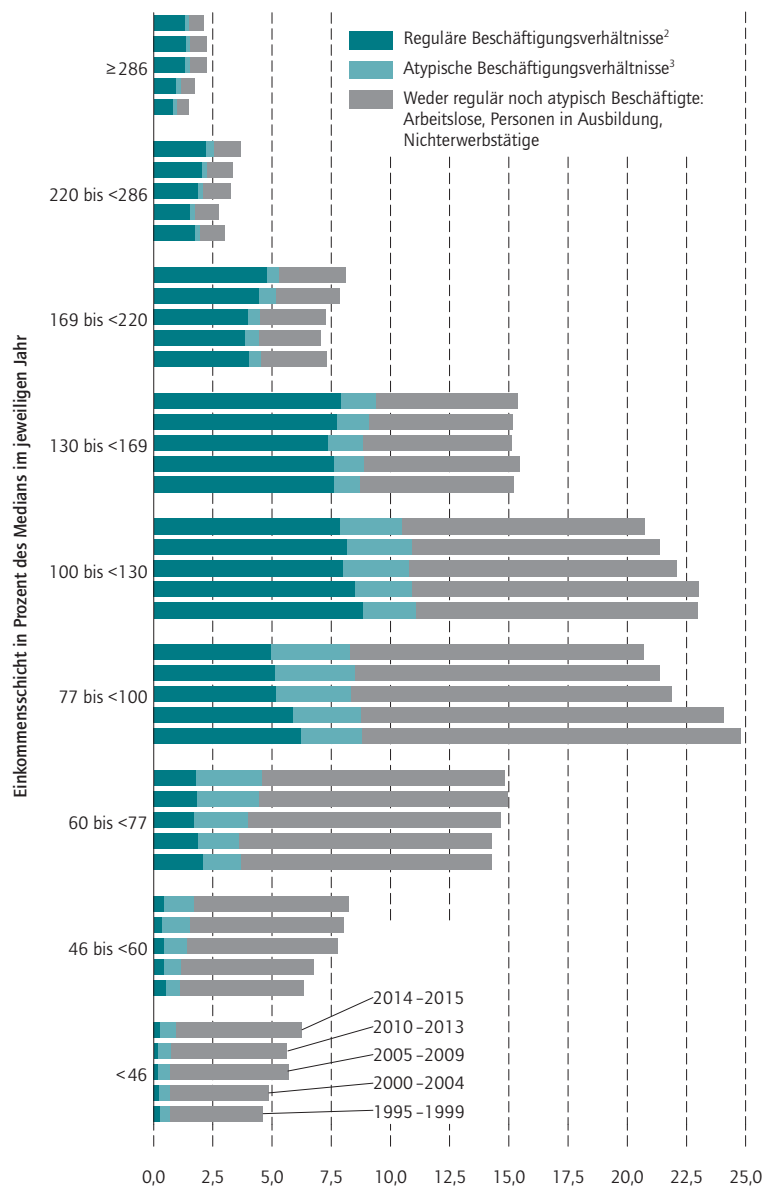
Quelle: SOEPv32.

1 Online verfügbar.

Abbildung 4

Ausgewählte Erwerbsformen¹ nach Einkommensschichten

In Prozent der Gesamtbevölkerung



1 Für eine detaillierte Darstellung der Erwerbstypologie siehe Kasten 3.
 2 Vollzeit, Teilzeit und Selbständige.
 3 Niedrig entlohnte und geringfügig Beschäftigte sowie Zeitarbeit.

Anmerkung: Einkommensschichtung nach realen verfügbaren Haushaltseinkommen zu Preisen von 2015, OECD-Äquivalenzgewichtung. Population: Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen des Vorjahres (modifizierte OECD-Äquivalenzskala). Siehe Kasten 2 zur Methodik der Einkommensschichtung.

Quellen: SOEPv32; eigene Berechnungen.

Reguläre Beschäftigung ist insbesondere in den höheren Einkommensschichten von größerer Bedeutung.

Insgesamt weisen die Entwicklungen in den Gruppen unterhalb des Medians (weniger reguläre Beschäftigung, zunehmender Anteil der niedrig entlohnten Beschäftigung) darauf hin, dass die Situation der Menschen, die heute in diesen Einkommensschichten leben, sich tendenziell verschlechtert hat.

Schlussfolgerungen

Mit dem hier verwendeten methodischen Ansatz wurde versucht, zwei zentrale wirtschaftliche Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre zusammenzubringen und zu illustrieren: die erhöhte Ungleichheit der Einkommen und der Beschäftigungszuwachs. Dabei wurde der Frage nachgegangen, ob sich bei genauer Betrachtung des Beschäftigungszuwachses nach Erwerbsformen Unterschiede zwischen den Einkommensschichten feststellen lassen.

In der Tat ist die Quote derer, die niedrige Löhne erhalten, insbesondere bei den Einkommensgruppen unterhalb des Medians gestiegen. Reguläre Beschäftigungsverhältnisse sind in der Gesamtbevölkerung zwar konstant geblieben, es haben aber Verschiebungen zwischen Einkommensschichten stattgefunden: In der „Mitte“ arbeiten heute weniger Leute in solchen typischen Beschäftigungsverhältnissen, als es noch vor 20 Jahren der Fall war.

Die vorliegenden deskriptiven Befunde liefern keine abschließende Antwort auf die Frage, welche Rolle die Veränderungen am Arbeitsmarkt bei der tendenziell zunehmenden Ungleichheit der Einkommen spielen. Vielmehr deuten die Ergebnisse auf ein komplexes Zusammenwirken hin mit zum Teil auch gegenläufigen Tendenzen. Die Ausdifferenzierung der Erwerbsformen hat sicherlich durch die Etablierung neuer Übergänge zur höheren Erwerbsbeteiligung beigetragen, die auch die bessere Nutzung von vorhandenen Erwerbsressourcen und höhere gemeinsame Einkommensstandards für Haushalte ermöglicht haben. Andererseits scheinen sich gering entlohnte Arbeitsverhältnisse in niedrigen Einkommensschichten tiefer verankert zu haben.

Angesichts dieser Entwicklungen wird deutlich, dass der erfreuliche Beschäftigungsanstieg der vergangenen Jahre nicht alle gleich erreicht hat und alleine nicht ausreichen dürfte, um allen in der Gesellschaft Wohlstand und Teilhabe zu ermöglichen. Über gezielte Politikmaßnahmen für Gruppen in der unteren Einkommenshälfte, die besonders von Einkommensarmut bedroht sind (zum Beispiel Alleinerziehende), könnten mehr Menschen die Chance bekommen, ihre Einkommenssituation zu verbessern. Ein Element kann die Ausweitung und Sicherung der Qualität in der Kinderbetreuung darstellen, um Eltern die Möglichkeit zu geben, ihre Erwerbstätig-

Tabelle 5

Bedeutung ausgewählter Erwerbsformen innerhalb der Einkommensschichten, 1995–2015

In Prozent der Personen in der jeweiligen Einkommensschicht (verfügbare Haushaltseinkommen)

	Reguläre Arbeitsverhältnisse		Atypische Arbeitsverhältnisse				Erwerbslose		Ausbildung	Nicht erwerbstätige	Insgesamt
	insgesamt	darunter:	insgesamt	darunter:			insgesamt	darunter:	insgesamt	insgesamt	
		NAB		ZAB	NIL	GEZ		ALO			
≥ 169 Prozent des Medians											
1995–1999	56,2	40,1	7,6	0,0	3,1	4,4	4,9	3,0	4,0	27,2	100,0
2000–2004	55,7	36,7	8,1	0,3	3,6	4,2	4,6	1,6	4,6	27,0	100,0
2005–2009	56,6	39,1	7,4	0,4	3,2	3,9	4,2	1,4	5,1	26,7	100,0
2010–2013	58,8	42,5	8,0	0,5	3,5	4,0	3,1	0,9	5,3	24,9	100,0
2014–2015	60,2	43,0	7,2	0,2	3,1	3,9	3,7	0,8	4,9	24,0	100,0
130 bis < 169 Prozent des Medians											
1995–1999	50,2	40,9	7,3	0,0	3,7	3,6	5,4	3,0	5,8	31,4	100,0
2000–2004	49,2	39,1	8,4	0,4	4,5	3,5	5,3	2,6	5,0	32,1	100,0
2005–2009	48,9	38,7	9,7	0,6	5,2	3,9	5,5	2,0	5,5	30,5	100,0
2010–2013	51,0	39,3	9,1	0,6	4,8	3,7	3,8	1,1	6,6	29,4	100,0
2014–2015	Tab.6	41,4	9,6	0,4	5,5	3,7	4,0	1,0	5,9	29,0	100,0
100 bis < 130 Prozent des Medians											
1995–1999	38,5	32,3	9,7	0,0	5,9	3,8	7,3	4,4	5,7	38,7	100,0
2000–2004	37,0	29,7	10,4	0,5	6,3	3,6	7,1	3,6	5,7	39,8	100,0
2005–2009	36,2	29,1	12,6	0,7	7,7	4,2	6,8	3,0	6,2	38,2	100,0
2010–2013	38,3	30,7	12,8	0,6	8,0	4,2	5,2	2,2	7,2	36,5	100,0
2014–2015	38,2	29,8	12,5	0,5	8,3	3,7	5,0	1,9	7,3	37,0	100,0
77 bis < 100 Prozent des Medians											
1995–1999	25,1	20,6	10,5	0,0	6,9	3,6	8,9	5,0	5,8	49,7	100,0
2000–2004	24,5	20,2	12,0	0,4	7,9	3,7	9,2	4,7	5,9	48,5	100,0
2005–2009	23,7	18,9	14,3	0,8	9,3	4,3	8,5	4,1	6,4	47,1	100,0
2010–2013	24,0	19,1	15,9	0,5	10,4	5,0	7,2	3,3	7,6	45,3	100,0
2014–2015	24,0	18,4	16,1	0,4	10,7	5,0	6,4	3,0	7,1	46,4	100,0
60 bis < 77 Prozent des Medians											
1995–1999	14,8	12,4	11,0	0,0	7,6	3,4	12,2	7,1	6,1	55,9	100,0
2000–2004	13,0	9,9	12,3	0,2	8,6	3,4	12,1	7,3	6,7	55,9	100,0
2005–2009	11,6	8,4	15,6	0,5	11,1	4,0	12,3	8,2	7,9	52,6	100,0
2010–2013	12,2	8,8	17,7	0,7	12,1	4,9	9,4	6,0	7,7	53,0	100,0
2014–2015	12,1	8,2	18,8	0,5	13,8	4,5	10,1	6,2	7,6	51,4	100,0
< 60 Prozent des Medians											
1995–1999	7,8	5,0	8,8	0,0	5,5	3,3	19,3	13,9	10,4	53,7	100,0
2000–2004	5,8	3,4	10,2	0,2	6,7	3,3	21,1	15,4	10,7	52,2	100,0
2005–2009	4,7	2,8	11,2	0,3	8,0	2,9	26,0	21,2	12,2	45,9	100,0
2010–2013	4,0	2,3	12,9	0,3	9,1	3,4	22,9	19,3	12,6	47,7	100,0
2014–2015	5,0	2,7	13,4	0,2	9,5	3,7	23,6	19,1	12,7	45,3	100,0

Anmerkung: Population: Personen in Privathaushalten. Geschichtet nach dem realen verfügbaren Haushaltseinkommen (äquivalenzgewichtet). Für detailliertere methodische Hinweise zur Einkommenschichtung siehe Kästen 2 und 3.

Lesebeispiel: Von allen Personen, die in der Periode 1995–99 verfügbare Haushaltseinkommen (äquivalenzgewichtet) von 169 oder mehr Prozent des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung hatten, waren 56,2 Prozent in regulären Arbeitsverhältnissen. 40,1 Prozent der Personen in dieser Einkommenschicht waren Vollzeit abhängig beschäftigt.

Quelle: SOEPv32; eigene Berechnungen.

Insbesondere in Einkommensschichten unterhalb des Medians sind niedrig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse häufiger.

Kasten 4

Soziodemografische Differenzierung von Vorjahresangaben

Die im jährlichen Haushaltsnettoeinkommen gemessenen Einkommenskomponenten richten sich auf den Zeitraum des letzten Kalenderjahres, die daraus aggregierten und bedarfsgewichteten Einkommensangaben beziehen sich indes auf die aktuelle Zusammensetzung des Haushalts zum Befragungszeitpunkt (vgl. Kasten 2). Auch für die Differenzierung nach Erwerbsformen ist der Befragungszeitpunkt maßgebend. Durch die Zusammenführung von soziodemografischen Differenzierungen zum Erwerbszeitpunkt und den auf dem Zeitraum des Vorjahres bezogenen Einkommensangaben können sich bei unterjährigen Veränderungen Abweichungen zum aktuellen Einkommensniveau des Haushalts ergeben. Dies gilt vor allem bei kurzfristigen Veränderungen im Erwerbsstatus, die insbesondere bei Arbeitslosigkeit oder Übergängen in und aus dem Erwerbsleben auftreten. Eine größere zeitliche Konsistenz im Hinblick auf Einkommenskomponenten, Haushaltszusammensetzung und Erwerbsform bietet

das monatliche Haushaltsnettoeinkommen. Allerdings werden hierbei jahresbezogene Einkommenskomponenten und -verläufe nicht berücksichtigt. Die soziodemografische Differenzierung der Einkommensschichtung nach Monateinkommen rekurriert so stärker auf die momentane Einkommenslage des Haushalts zum Befragungszeitpunkt, wogegen die Verwendung des Vorjahreseinkommens auf die zugrundeliegende und längerfristig angelegte materielle Einkommensschichtung verweist – sie beschreibt gewissermaßen den materiellen Hintergrund vor dem die aktuelle Betrachtung der soziodemografischen Gruppen erfolgt. So ist beispielsweise bei aktuell Arbeitslosen der Zusammenhang zu niedrigen Einkommensschichten und Armut bei den aktuellen Monatsangaben etwas stärker ausgeprägt als bei den Vorjahreseinkommen. Beide Betrachtungsweisen unterscheiden sich empirisch indes lediglich im Detail.

Tabelle

Soziodemografische Differenzierung von Vorjahresangaben

In Prozent, nach Einkommensschichten und Erwerbsformen

Vorjahreseinkommen

in Prozent des Medians	Bevölkerungsanteil	Reguläres Arbeitsverhältnis	Atypisches Arbeitsverhältnis	Erwerbslos	Ausbildung	Nichtwerb-stätige	
≥ 169	14,0	59,6	7,1	3,7	4,8	24,8	100
130 bis < 169	15,0	52,7	9,5	3,5	5,5	28,8	100
100 bis < 130	21,1	39,2	11,9	4,7	7,2	36,9	100
77 bis < 100	20,8	24,5	16,3	6,2	7,4	45,7	100
60 bis < 77	14,5	11,9	19,3	10,0	7,0	51,8	100
< 60	14,7	5,7	12,5	23,9	12,5	45,4	100
	100						

Monateinkommen

in Prozent des Medians	Bevölkerungsanteil	Reguläres Arbeitsverhältnis	Atypisches Arbeitsverhältnis	Erwerbslos	Ausbildung	Nichtwerb-stätige	
≥ 169	13,8	59,8	6,2	3,0	4,4	26,6	100
130 bis < 169	14,7	51,2	8,7	3,4	6,2	30,5	100
100 bis < 130	21,6	38,0	12,0	4,3	5,7	40,1	100
77 bis < 100	22,0	24,8	17,1	5,2	7,2	45,7	100
60 bis < 77	13,2	13,6	18,6	10,8	8,5	48,7	100
< 60	14,8	6,6	13,6	26,4	13,2	40,3	100
	100						

Quellen: SOEPv32; eigene Berechnungen.

keit auszuweiten. Ein weiterer Ansatz ist die Qualifizierung von Menschen in mittleren und unteren Einkommensschichten über ihre Ausbildung hinaus, um bessere

Chancen für den Übergang von atypischen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

Peter Krause ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel am DIW Berlin | pkrause@diw.de

Christian Franz ist Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | cfranz@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

JEL: D31, I31, I32, J62

Keywords: Income inequality, Labour market participation, Precarious living conditions, SOEP

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 27/2017:

www.diw.de/econbull



INTERVIEW MIT PETER KRAUSE UND CHRISTIAN FRANZ



Dr. Peter Krause, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastrukturanlage Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin
Christian Franz, Referent in der Abteilung Vorstand am DIW Berlin

»Reguläre Arbeitsverhältnisse haben weiterhin eine hohe Bedeutung«

1. Herr Krause, Sie haben die Schichtung der Einkommen in Deutschland untersucht. Was war die Zielsetzung dieser Untersuchung? Peter Krause: Zielsetzung dieser Untersuchung war, zwei Diskussionsstränge zusammenzubringen. Der eine Diskussionsstrang beschäftigt sich mit der langfristigen Entwicklung der Ungleichheit bei der Verteilung der Haushaltseinkommen, der andere mit Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung. Bis Mitte der 2000er Jahre gab es bei den verfügbaren Haushaltseinkommen eine zunehmende Ungleichheit, die seitdem auf dem erhöhten Niveau stagnierte. Gleichzeitig sehen wir bei der Erwerbsbeteiligung einen starken Zuwachs. Es sind viel mehr Menschen in Arbeit als vorher. Die Frage ist dabei: Wie haben sich die Erwerbsformen in den jeweiligen Einkommensschichten verändert?
2. Was ist das Besondere an dieser Untersuchungsmethode? Christian Franz: Das Besondere ist die Zusammenführung von zwei Perspektiven: Die Einkommensdimension auf der einen und Beschäftigung und Erwerbsformen auf der anderen Seite. Es gibt zahlreiche Untersuchungen, die sich Einkommensschichtungen im Detail ansehen, aber keine dieser Analysen zeigt, wie sich dazu auch Erwerbsformen entwickeln, insbesondere über einen relativ langen Zeithorizont seit 1995.
3. Wie hat sich denn die Schichtung von niedrigen, mittleren und hohen Einkommen in den letzten 20 Jahren verändert? Christian Franz: Wir stellen fest, dass die Schichten um das Median-Einkommen herum geschrumpft sind. Am stärksten waren die Veränderungen Mitte der 2000er Jahre, aber die Entwicklung reicht bis in die jüngsten Befragungen. Wir sehen gleichzeitig zu dieser „schrumpfenden Mitte“ eine Verbreiterung an den Rändern, sowohl in den unteren Einkommensschichten, unterhalb der so genannten Armutsrisikoschwelle, als auch bei den Haushalten mit den höchsten Einkommen. Heute gehören mehr Menschen diesen Schichten an als noch 1995.
4. Wie stellt sich das Ganze in Zahlen dar? Peter Krause: Die mittleren Einkommensschichten sind im Zeitraum 1995 bis 2015 um etwa sechs Prozentpunkte geschrumpft. Am oberen Rand sehen wir im selben Zeitraum einen Zuwachs von gut zwei Prozentpunkten und am unteren Rand einen Zuwachs von gut dreieinhalb Prozentpunkten.
5. Sind die Veränderungen in der Einkommensschichtung in den letzten 20 Jahren schleichend verlaufen oder gab es abrupte Veränderungen? Peter Krause: Abrupte Veränderungen würde ich nicht sagen, aber es gab schon stärkere Verschiebungen in der Einkommensschichtung, insbesondere in der Mitte der 2000er Jahre. Seitdem lässt sich eine gewisse Stabilisierung und Verlangsamung des Prozesses beobachten, bei Fortsetzung der Ungleichheit auf erhöhtem Niveau. Wenn wir uns zudem ansehen, wie sich die Erwerbsformen verändert haben, dann erkennen wir über diesen langen Zeitraum zwar eine weiterhin hohe Bedeutung der regulären Arbeitsverhältnisse (in Vollzeit oder Teilzeit). Insbesondere bei Einkommensschichten unterhalb des Median hat aber zudem die Quote derer, die niedrige Löhne bezogen, zugenommen. Für Einkommensschichten mit höheren Einkommen ist diese Erhöhung nicht unbedingt ein Problem, sofern diese durch die Erwerbstätigkeit des Partners oder der Partnerin ausgeglichen werden kann. Für Haushalte in unteren Einkommensschichten kann diese höhere Quote aber problematisch sein, denn hier stellen diese Einkünfte einen wichtigeren Teil des Haushaltseinkommens dar. Zugleich ist die Quote derer mit regulären Beschäftigungsformen in diesem Einkommensbereich bis 2013 zurückgegangen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Das Erbvolumen in Deutschland dürfte um gut ein Viertel größer sein als bisher angenommen

Von Anita Tiefensee und Markus M. Grabka

Über die exakte gesamte Höhe des Erbvolumens in Deutschland liegen derzeit nur Schätzungen vor. Sie basieren auf dem Vermögensbestand zu einem gegebenen Zeitpunkt. In der vorliegenden Studie werden zusätzlich regelmäßiges Sparen und potenzielle Wertsteigerungen von künftigen ErblasserInnen berücksichtigt. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass dadurch das Erbvolumen in den kommenden 15 Jahren etwa 28 Prozent größer ausfallen dürfte, als in bisherigen Studien ausgewiesen.

Im Jahr 2015 belief sich das Nettovermögen¹ der privaten Haushalte in Deutschland laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) auf rund 11,2 Billionen Euro.² Ein Teil dieses Vermögens wird jedes Jahr an die nächste Generation übertragen, entweder durch Erbschaften nach dem Tod oder durch Schenkungen unter Lebenden. Wieviel genau laufend vererbt oder verschenkt wird, ist jedoch nicht bekannt, da die offizielle Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes nur die steuerlich veranlagten Fälle ausweist, während über das Gros der Erbfälle aufgrund hoher Freibeträge nichts bekannt ist.³ Auch zur Höhe der jährlichen Übertragungen von Vermögen an steuerlich begünstigte Organisationen (beispielsweise Kirchen, Parteien oder sonstige gemeinnützige Organisationen) liegen in Deutschland keine Informationen vor. Es werden somit nur die steuerlich geltend gemachten, in der Regel hohen Vermögensübertragungen erfasst, oder diejenigen, bei denen kein enges Verwandtschaftsverhältnis – also weder Ehepartner oder Ehepartnerin noch Kinder – vorliegt und die steuerlichen Freibeträge daher relativ gering sind.⁴

Berechnungen mit Blick auf das künftige Transfervolumen legen nahe, dass in der aktuellen Dekade jährlich 200 bis 300 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt

1 Das Nettovermögen besteht sowohl aus dem Geld- und Immobilienvermögen als auch dem Betriebsvermögen abzüglich aller Verbindlichkeiten wie zum Beispiel Konsumentenkredite oder Hypotheken.

2 Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank (2016): Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen. Wiesbaden.

3 Nach Angaben der Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik belief sich im Jahr 2014 das geerbte und geschenkte Vermögen auf 108,8 Milliarden Euro (Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 373 vom 7. Oktober 2015). Zudem kann davon ausgegangen werden, dass nicht alle Schenkungen – insbesondere kleinere Geldgeschenke – an das entsprechende Finanzamt gemeldet werden.

4 Dadurch, dass Top-Vermögende in Bevölkerungsbefragungen wie dem sozio-ökonomischen Panel oder dem Household Finance and Consumption Survey (HFCS) faktisch nicht enthalten sind, werden hier Erbschafts- und Schenkungsvolumen unterschätzt. Vgl. hierzu Christian Westermeier und Markus M. Grabka (2015): Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 7, 123–133.

Kasten

Berechnungsgrundlagen

Die Datengrundlagen für die Berechnungen bilden das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)¹ mit dem Erhebungsjahr 2012 und die Sterbetafeln² 2010/2012 des Statistischen Bundesamtes. Die amtlichen Sterbetafeln beinhalten die altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit³ aufgeteilt nach Geschlecht und dem aktuellen Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland. Im SOEP wird seit dem Jahr 2002 alle fünf Jahre eine Vermögensbilanz auf Personenebene⁴ erhoben. Diese bildet die Ausgangsbasis für die Simulation des potenziellen Erbvolumens, der mindestens 70-Jährigen für einen Zeitraum von 15 Jahren (2012 bis 2027) (Basisszenario). Ein Nachteil der SOEP-Daten ist, dass Multimillionäre und Milliardäre faktisch in der Stichprobe nicht enthalten sind⁵, was zu einer Untererfassung des geschätzten Erbvolumens führt.

In einem ersten Szenario wird das Nettovermögen der mindestens 70-jährigen Personen im Jahr 2012 bis zu deren Tod um den durchschnittlichen jährlichen Sparbetrag je Einkommensquintil⁶ ergänzt. In einem zweiten Szenario wird die Annahme

1 Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Gert G. Wagner et al. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2 (2008), Nr. 4, 301–328.

2 Statistisches Bundesamt (2015): Allgemeine Sterbetafel – Methodische Erläuterungen und Ergebnisse (online verfügbar).

3 Diese ist definiert als die Wahrscheinlichkeit, im Alter x vor Vollendung des Lebensjahres und dem Erreichen des Alters $x+1$ zu sterben (Destatis 2016).

4 Die Erhebung auf Personenebene stellt eine Besonderheit im Vergleich zu anderen Datengrundlagen dar, bei denen das Vermögen in der Regel nur auf Haushaltsebene erfasst wird und somit nicht zurückverfolgt werden kann, wer letztendlich EigentümerIn ist.

5 Markus M. Grabka und Christian Westermeier (2014), a. a. O.

6 Grundlage ist das verfügbare monatliche Haushaltseinkommen, also Arbeits- und Kapitaleinkommen, aber auch andere regelmäßige Zahlungen wie Renten, Wohngeld, Kindergeld, BAföG und Unterhaltszahlungen – Steuern und Sozialabgaben sind bereits abgezogen. Das verfügbare Ein-

kommen wird auf Haushaltsebene erfasst und dann auf die im Haushalt lebenden Personen mit der OECD-Skala wie folgt umgerechnet: Die erste erwachsene Person wird mit dem Faktor 1 gewichtet, alle Kinder bis 14 Jahren erhalten ein Gewicht von 0,3 und alle weiteren Personen ein Gewicht von 0,5. Der monatliche Sparbetrag wird ebenfalls auf Haushaltsebene erfragt und auf alle Personen von mindestens 18 Jahren im Haushalt umgelegt. Für die Fortschreibung wird der durchschnittliche Sparbetrag je Einkommensquintil verwendet.

Potenzielle Erblasserinnen und Erblasser sind die Personen, die im Jahr 2012 mindestens 70 Jahre alt sind. Bei ihnen kann angenommen werden, dass das verfügbare Einkommen, die Konsumausgaben und daher auch der regelmäßige Sparbetrag relativ stabil sind, da typische Einkommensänderungen wie der Eintritt von Arbeitslosigkeit oder die Erwerbsunterbrechung aufgrund der Geburt eines Kindes im höheren Lebensalter nicht mehr vorkommen.

Der potenzielle Todeszeitpunkt ergibt sich auf Basis der Sterbetafeln in Kombination mit einer simulierten zufälligen Gleichverteilung zwischen null und eins. Es wird nach Alter, Geschlecht und dem aktuellen Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland unterschieden. Eine Verknüpfung von materieller Lage und Sterbewahrscheinlichkeit ist leider nicht möglich. Das bedeutet, dass das Erbvolumen damit unterschätzt wird, da wohlhabendere Personen eine im Durchschnitt höhere Lebenserwartung aufweisen und somit mehr Vermögen bis zum Tod akkumulieren können.⁸

kommen wird auf Haushaltsebene erfasst und dann auf die im Haushalt lebenden Personen mit der OECD-Skala wie folgt umgerechnet: Die erste erwachsene Person wird mit dem Faktor 1 gewichtet, alle Kinder bis 14 Jahren erhalten ein Gewicht von 0,3 und alle weiteren Personen ein Gewicht von 0,5. Der monatliche Sparbetrag wird ebenfalls auf Haushaltsebene erfragt und auf alle Personen von mindestens 18 Jahren im Haushalt umgelegt. Für die Fortschreibung wird der durchschnittliche Sparbetrag je Einkommensquintil verwendet.

7 In allen Varianten vernachlässigen wir die zumindest aktuell niedrige Inflation, das heißt es wird ein nominaler Betrag abgeschätzt. Gerade für hohe Vermögenswerte stellt die Annahme von lediglich zwei Prozent Wertsteigerung trotz der aktuellen Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank sicherlich eher eine untere Grenze dar.

8 Martin Kroh et al. (2012): Menschen mit hohem Einkommen leben länger. DIW Wochenbericht Nr. 3, 3–15.

werden⁵ beziehungsweise zwischen 2015 und 2024 rund 3,1 Billionen Euro insgesamt.⁶ In diesen Studien wird im

5 Stefan Bach und Andreas Thiemann (2016): Hohe Erbschaftswelle, niedriges Erbschaftsteueraufkommen. DIW Wochenbericht Nr. 3, 63–71.

6 Reiner Braun (2015): Erben in Deutschland 2015–24: Volumen, Verteilung und Verwendung. Deutsches Institut für Altersvorsorge. Berlin. Alternative Studien verwenden andere Schätzansätze: Laut Henriette Houben und Ralf Maiterth belief sich das Übertragungsvolumen im Jahr 2002 auf 1,4 Prozent des Nettovermögens (Henriette Houben und Ralf Maiterth (2013): Erbschaftsteuer als „Reichenbesteuerung“ mit Aufkommenspotential? Vierteljahrshefte

Allgemeinen unterstellt, dass das aktuell vorhandene Vermögen übertragen wird, unabhängig von Vermögensveränderungen in der noch verbleibenden Lebenszeit der Erblasserinnen und Erblasser. Es werden somit weder Wertänderungen des Vermögens, regelmäßiges Sparen

der Wirtschaftsforschung 82, 147–175) und Christoph Schinke schätzt es für das Jahr 2009 auf etwa zehn Prozent des Nationaleinkommens (Christoph Schinke (2012): Inheritance in Germany 1911 to 2009: A Mortality Multiplier Approach SOEP Papers 462. Berlin).

Die Personen hinterlassen eine Erbschaft am Ende ihres Lebens und geben keinerlei Vermögen in Form von Schenkungen vorab weiter.

Vermögensverzehr im höheren Lebensalter, zum Beispiel aufgrund von Pflegedarf, wird hier nicht berücksichtigt, da stationäre Pflege typischerweise in Anstaltshaushalten wie Pflege- oder Altersheimen stattfindet, die verwendeten Daten sich aber nur auf Personen in Privathaushalten beziehen. Der Aspekt des Entsparens wird somit unterschätzt. Weitere Entsparprozesse werden nicht unterstellt.

Negative Erbschaften werden auf null gesetzt, da sie in der Regel (innerhalb der Familie) bekannt sind, ausgeschlagen werden und somit dem Staat zufallen.

Im Falle des Todes eines Ehepartners wird das Vorhandensein eines Berliner Testaments angenommen⁹, was bedeutet, dass zunächst der überlebende Ehepartner alles erbt und die Kinder erst nach dessen Tod. Das übertragene Vermögen kann somit in manchen Fällen im betrachteten Zeitraum zweimal den Eigentümer wechseln.

Die Wahl einer Altersgrenze von 70 Jahren ist normativ. Informationen aus den Sterbetafeln des Statistischen Bundesamtes verdeutlichen aber, dass ab diesem Alter die Sterbewahrscheinlichkeit mit jedem weiteren Lebensjahr deutlich zunimmt (Abbildung). Von 100 lebend geborenen Männern beziehungsweise Frauen überlebt nahezu jeder bis zum 50. Lebensjahr. Nur vier Männer beziehungsweise zwei Frauen sind bis zu diesem Alter verstorben. Bis zum 60. Lebensjahr überleben im Durchschnitt 90 Männer und 94 Frauen. Bis zum 70. Lebensjahr überleben weiter noch 77 Männer und 87 Frauen. Da der größte Anteil der Männer verheiratet mit einer Partnerin zusammenlebt, erben deren Partnerinnen das Vermögen. Da diese im Durchschnitt eine höhere Lebenserwartung aufweisen, wird in den vorliegen-

⁹ Laut Postbankstudie aus dem Jahr 2012 ist jedes zweite Testament in Deutschland ein Berliner Testament, Postbank (2012): Erbschaftswelle in historischem Ausmaß rollt auf Deutschland zu – Jeder Zweite plant Nachlass (online verfügbar).

noch der Konsum dieser Personen berücksichtigt, sondern eine rein statische Größe angenommen und damit Aspekte vernachlässigt, die zu einem weiteren Aufbau des vorhandenen Vermögens führen können.

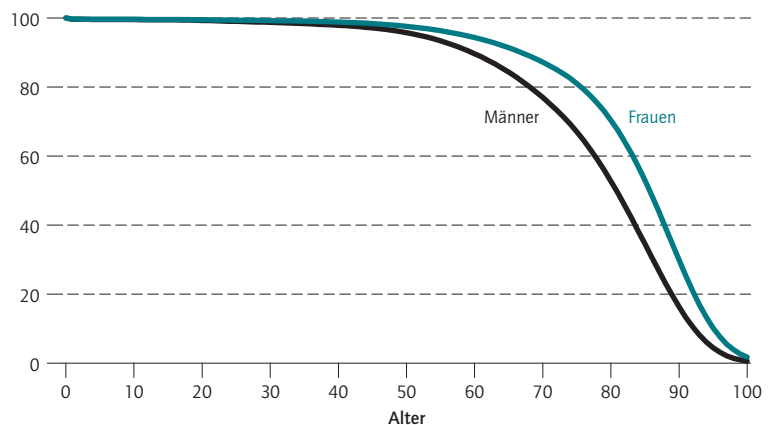
Ziel dieser von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Untersuchung⁷ ist, mittels einer Simulation das poten-

⁷ Wir danken der Hans-Böckler-Stiftung für die Finanzierung des Forschungsvorhabens: „Vermögen in Deutschland – Status-quo-Analysen und Perspektiven“

Abbildung

Zahl der Überlebenden je Lebensalter getrennt nach dem Geschlecht

Überlebende im Alter x, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2017

den Analysen auch das ehemalige Vermögen der verstorbenen Ehemänner berücksichtigt. Zudem ist zu beachten, dass gemäß der Lebenszyklustheorie¹⁰ das Nettovermögen erst um das Verrentungsalter seinen Höhepunkt erreicht und somit alle Personen, die früher versterben, geringere Vermögen im Vergleich dazu aufweisen.

¹⁰ Franco Modigliani (1970): The life-cycle hypothesis of saving and inter-country differences in the saving ratio. In W.A. Eltis, M. Fg. Scott and J. N. Wolfe (eds.): Induction, Growth and Trade. Essays in Honour of Sir Roy Harrod, Clarendon Press, Oxford, 197-225.

zielle Volumen künftiger Erbschaften und Schenkungen in einem Zeitraum von 15 Jahren (2012 bis 2027) abzuschätzen, und hierbei regelmäßiges Sparen und potenzielle Wertänderungen⁸ zu berücksichtigen. Hier-

(Projektnummer: S-2012-610-4. Das Projekt wird vom DIW Berlin und der Hertie School of Governance durchgeführt, Projektleitung Markus M. Grabka).

⁸ In den Jahren nach der Finanzmarktkrise 2008 gewinnen Wertänderungen des Vermögens in Deutschland an Relevanz (vgl. Henrik Enderlein und Philipp Ständer (2016): Vermögenspreise im Euro-Raum – Wie volatil sind Privatvermö-

Tabelle 1

Median und Durchschnittserbschaft je Einkommensquintil für die mindestens 70-Jährigen

Verfügbares Einkommen ¹	Höhe der Erbschaft		
	Median (Euro)	Durchschnitt (Euro)	Konfidenzintervall (Euro)
1. Quintil	7 400	54 758	[45 655 : 63 860]
2. Quintil	30 250	82 248	[67 476 : 97 019]
3. Quintil	31 000	88 862	[74 881 : 102 841]
4. Quintil	60 274	132 535	[108 530 : 156 538]
5. Quintil	179 954	281 505	[240 876 : 322 133]
Gesamt	55 000	134 014	[122 143 : 145 884]
Erbschaftsvolumen insgesamt in Billionen Euro (pro Jahr in Milliarden Euro)		1,31	[1,18 : 1,44]
		87	[78 : 96]

¹ Bedarfsgewichte Haushaltsnettoeinkommen der mindestens 70-Jährigen in Privathaushalten.

Quellen: SOEPv30; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Tabelle 2

Durchschnittlicher Sparbetrag je Einkommensquintil für die mindestens 70-Jährigen

Verfügbares Einkommen ¹	Durchschnittlicher Sparbetrag in Euro		
	monatlich	jährlich	Konfidenzintervall
1. Quintil	33	396	[318 : 467]
2. Quintil	87	1 044	[939 : 1 143]
3. Quintil	135	1 620	[1 464 : 1 769]
4. Quintil	170	2 040	[1 820 : 2 262]
5. Quintil	407	4 884	[4 396 : 5 360]
Gesamt	157	1 884	[1 755 : 2 014]
Sparvolumen insgesamt in Milliarden Euro	2,26	27,1	[25,0 : 28,4]

¹ Bedarfsgewichte Haushaltsnettoeinkommen der mindestens 70-Jährigen in Privathaushalten.

Quellen: SOEPv30; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

bei werden nur Personen ab einem Alter von mindestens 70 Jahren betrachtet. Diese Annahme wird getroffen, da ab diesem Alter die Sterbewahrscheinlichkeit deutlich zunimmt (siehe Kasten).

gen? Jacques Delors Institut Policy Paper. Berlin) und bedürfen somit ebenso einer Einbeziehung.

Der reine Vermögensbestand künftiger ErblasserInnen belief sich 2012 auf 1,3 Billionen Euro

Im Basisszenario bestehen die zwischen 2012 und 2027 zu erwartenden Erbschaften der verstorbenen, mindestens 70-Jährigen in Deutschland aus dem Nettovermögensbestand aus dem Basisjahr 2012. Die durchschnittlich zu erwartende Erbschaft wird, bezogen auf einen Zeitraum von 15 Jahren, nach Angaben des SOEP bei knapp 134 000 Euro liegen (Tabelle 1). Der Median der zu erwartenden Erbschaften dürfte 55 000 Euro ausmachen. Der deutlich geringere Median⁹ im Vergleich zum Mittelwert deutet auf eine hohe Ungleichheit des Erbvolumens hin. Insgesamt beläuft sich in diesem Basisszenario das Erbvolumen auf 1,31 Billionen Euro, oder 87 Milliarden Euro pro Jahr.¹⁰

Die Höhe des Sparbetrags variiert nach der Höhe des Haushaltseinkommens

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes belief sich die Sparquote der privaten Haushalte¹¹ seit Beginn der 90er Jahre immer bei mehr als neun Prozent. Im Jahr 2015 lag sie bei 9,7 Prozent. Dies entspricht einem Betrag von 175 Milliarden Euro, und demnach einem nicht zu vernachlässigen Faktor.

Das Basisszenario wird daher um den durchschnittlichen jährlichen Sparbetrag ergänzt. Da dieser je nach Einkommenshöhe variiert, wird hier eine Differenzierung nach Einkommensquintilen vorgenommen (Tabelle 2). Je höher das verfügbare Haushaltseinkommen, desto höher sind auch der durchschnittliche Sparbetrag und das sich daraus ergebene Vermögen. Die Bandbreite reicht von monatlich durchschnittlich 33 Euro im ersten Quintil bis zu etwa 407 Euro im fünften Quintil. Für die mindestens 70-Jährigen ergibt sich auf Basis der SOEP-Daten für das Jahr 2012 somit ein Sparvolumen von 27,1 Milliarden Euro.¹²

⁹ Der Median einer Verteilung ist der Wert, der die reichere Hälfte der Bevölkerung von der ärmeren trennt. Vgl. auch den Begriff „Medianeinkommen“ im DIW Glossar (online verfügbar, abgerufen am 18. Mai 2017. Sofern nicht anders vermerkt gilt dies für alle anderen Online-Quellen in diesem Bericht).

¹⁰ Der vergleichsweise niedrige Betrag im Vergleich zu anderen vergleichbaren Studien (zum Beispiel Stefan Bach und Andreas Thiemann (2016), a. a. O. und Reiner Braun (2015), a. a. O.) entsteht unter anderem durch die Verwendung anderer Datengrundlagen sowie die Beschränkung auf über 70-Jährige.

¹¹ Inklusive der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Statistisches Bundesamt (2016): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Private Konsumausgaben und Verfügbares Einkommen. Beiheft zur Fachserie 118, 3. Vierteljahr 2016, erschienen am 6. Dezember 2016.

¹² Dieser empirische Befund steht im Gegensatz zu der in der Ökonomie unterstellten These, dass ab dem Renteneintritt Vermögen sukzessive aufgelöst wird und kein weiteres Sparen mehr vorgenommen wird.

Basierend auf dieser Grundlage und der Annahme, dass die über 70-Jährigen im gleichen Ausmaß in den restlichen Lebensjahren sparen werden wie im Basisjahr 2012, wird das Erbvolumen inklusive der regelmäßigen Sparleistungen projiziert. Für den Zeitraum 2012 bis 2027 ergibt sich somit ein Erbvolumen der mindestens 70-Jährigen in Deutschland von insgesamt 1,46 Billionen Euro. Dieser ist gut elf Prozent größer als im Ausgangsszenario ohne regelmäßige Sparleistungen.

Der zu vererbende Betrag steigt mit dem Einkommen (Tabelle 3). Dies gilt sowohl für den Median als auch für den Durchschnitt, wobei letzterer immer höher liegt. Im ersten Quintil beträgt die zu übertragende Medianerbschaft im betrachteten Zeitraum etwa 10 600 Euro, im fünften Quintil sind es knapp 219 000 Euro. Die Unterschiede beim Durchschnitt fallen etwas geringer aus: 58 000 Euro im ersten Quintil und 322 000 Euro im fünften Quintil. Insgesamt lässt sich für Erbschaften, wie auch schon für die Vermögen, eine starke Ungleichverteilung feststellen.¹³

Mit Wertsteigerungen könnte das Erbvolumen um ein Viertel höher ausfallen

In einem weiteren Szenario wird neben einem regelmäßigen Sparbetrag auch eine Wertsteigerung des Vermögens von jährlich zwei Prozent angenommen.¹⁴ Die zu erwartenden Erbschaften der mindestens 70-Jährigen in Deutschland würden sich im Projektionszeitraum dann auf 1,68 Billionen Euro oder etwa 112 Milliarden Euro pro Jahr summieren. Gegenüber dem Basisszenario fällt dieser Wert um 28 Prozent höher aus. Für das unterste Quintil beträgt die Medianerbschaft 12 000 Euro, im oberste Quintil gut 248 000 Euro (Tabelle 4). Bei den durchschnittlichen Erbschaften belaufen sich die Beträge auf knapp 68 000 Euro für das erste und auf gut 372 000 Euro für das fünfte Quintil. Die Verhältnisse innerhalb und zwischen den Quintilen verändern sich aufgrund der in der Modellrechnung unterstellten einheitlichen Wertsteigerung beziehungsweise Verzinsung

¹³ Markus M. Grabka und Christian Westermeier (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 9, 151–164.

¹⁴ Die Verwendung einer Wertänderung von zwei Prozent basiert auf folgender Überlegung: Reinhard Schüssler und Claudia Funke zeigen, dass sich die Höhe des Nettovermögens in Deutschland zu etwa 40 Prozent durch aktives Sparen, 20 Prozent durch Erbschaften und wiederum 40 Prozent durch Wertänderungen erklären lässt. Bezieht man diese Werte auf die Veränderung des aggregierten Nettovermögens der privaten Haushalte aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf den Zeitraum 2005 bis 2015, so erhält man einen nominalen Zuwachs pro Jahr von rund 4,5 Prozent. Der Anteil, der danach auf Wertänderungen entfiel, würde knapp zwei Prozent pro Jahr entsprechen. (Vgl. Reinhard Schüssler und Claudia Funke (2002): Vermögensbildung und Vermögensverteilung. Hans-Böckler-Stiftung.) Auch für den Zeitraum 1951 bis 1970 kann aufgezeigt werden, dass Wertsteigerungen des Vermögens etwa die gleiche Größenordnung erreichten, wie die Vermögensbildung aus Ersparnis vom laufenden Einkommen (siehe Joachim R. Frick, Markus M. Grabka und Richard Hauser (2010): Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Edition Sigma).

Tabelle 3

Median und Durchschnittserbschaft je Einkommensquintil für die mindestens 70-Jährigen unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Sparbetrags

Verfügbares Einkommen ¹	Höhe der Erbschaft (inklusive durchschnittlichem Sparbetrag)		
	Median in Euro	Durchschnitt in Euro	Konfidenzintervall
1. Quintil	10 643	58 457	[49 260 : 67 653]
2. Quintil	42 123	90 572	[75 717 : 105 426]
3. Quintil	46 572	101 259	[87 225 : 115 292]
4. Quintil	85 786	148 880	[124 767 : 172 992]
5. Quintil	218 785	321 898	[280 889 : 362 906]
Gesamt	71 532	148 814	[136 719 : 160 908]
Erbschaftsvolumen			
Insgesamt in Billionen Euro		1,46	[1,32 : 1,59]
In Milliarden Euro pro Jahr		97	[88 : 106]

¹ Bedarfsgewichte Haushaltsnettoeinkommen der mindestens 70-Jährigen in Privathaushalten.

Quellen: SOEPv30; eigene Berechnungen.

Tabelle 4

Median und Durchschnittserbschaft je Einkommensquintil für die mindestens 70-Jährigen unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Sparbetrags, sowie der Wertsteigerung des Vermögens und der Verzinsung des Sparbetrags (jeweils zwei Prozent)

Verfügbares Einkommen ¹	Höhe der Erbschaft (inklusive durchschnittlichem Sparbetrag und Wertsteigerung)		
	Median in Euro	Durchschnitt in Euro	Konfidenzintervall
1. Quintil	12 000	67 824	[57 069 : 78 578]
2. Quintil	47 937	103 582	[86 832 : 120 330]
3. Quintil	52 341	116 532	[100 145 : 132 917]
4. Quintil	94 004	172 360	[144 481 : 200 239]
5. Quintil	248 330	372 209	[323 653 : 420 765]
Gesamt	79 500	171 363	[157 447 : 185 278]
Erbschaftsvolumen			
Insgesamt in Billionen Euro		1,68	[1,53:1,83]
In Milliarden Euro pro Jahr		112	[102:122]

¹ Bedarfsgewichte Haushaltsnettoeinkommen der mindestens 70-Jährigen in Privathaushalten. Unterstellte Wertsteigerung von zwei Prozent des Nettovermögens.

Quellen: SOEPv30; eigene Berechnungen.

nicht. Es kann jedoch vermutet werden, dass Wertsteigerungen in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung höher ausfallen werden als in der unteren, da Wertänderungen bei einfachen Geldvermögen wie Girokonten oder Sparkonten nicht anfallen, jedoch andere Vermögensformen insbesondere Aktien, Betriebsvermögen, Sammlungen oder auch Immobilien über die Zeit an Wert gewinnen können. Diese Vermögenskomponenten finden sich vorwiegend in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung.

Das gesamte Erbvolumen beläuft sich somit vermutlich auf bis zu knapp 400 Milliarden Euro pro Jahr

Die bisherigen Berechnungen werden auf zwei aktuelle Studien übertragen, die weder den Sparbetrag noch Wertänderungen des Vermögens berücksichtigen, sondern nur den Vermögensbestand. Das Verhältnis des Basiszenarios (Vermögen im Basisjahr) in Relation zum Szenario mit Berücksichtigung von Sparbetrag und Wertänderungen, beträgt 1,282 (1,68 Billionen geteilt durch 1,31 Billionen). Hierbei ist zu beachten, dass diese Relation sich auf das Erbvolumen der über 70-Jährigen bezieht. Wie jedoch aufgezeigt (siehe Kasten), dürfte dies das Gros des Erbvolumens erfassen.

Angewandt auf die Ergebnisse von Bach und Thiemann (2016) erhält man in der aktuellen Dekade statt eines voraussichtlichen Erbschafts- und Schenkungsvolumens von 200 bis 300 Milliarden Euro pro Jahr ein entsprechendes Volumen von 256 bis 385 Milliarden Euro pro Jahr. In der Studie von Braun (2015) wird ein Erbvolumen von insgesamt 3,1 Billionen Euro für einen Zeitraum zwischen 2015 und 2024 angegeben, das entspricht gut 310 Milliarden Euro pro Jahr. Wird auch hier die oben beschriebene Relation angewendet, steigt das projizierte Erbvolumen auf etwa 397 Milliarden Euro pro Jahr.

Anita Tiefensee ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung | anita-tiefensee@boeckler.de

JEL: D64, D31, D14

Keywords: inheritances, wealth, projection, SOEP

Schlussfolgerungen

Die Nachkriegsgenerationen konnten in Deutschland über Jahrzehnte hinweg von realen Einkommenssteigerungen und dem Ausbleiben von lang anhaltenden Wirtschaftskrisen profitieren und somit große Vermögen aufbauen. Sie werden in den nächsten Jahren nach und nach versterben und ihr Vermögen wird an die nächsten Generationen übertragen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren hohe Volumina an Schenkungen und Erbschaften eintreten werden. Ob diese sich aber in einem deutlich steigenden Steueraufkommen aus der Erbschaft- und Schenkungssteuer auswirken, ist fraglich. Die Mehrzahl der Erbschaften kann aufgrund der aktuell geltenden hohen Freibeträge steuerfrei übertragen werden. Das gilt auch für sehr hohe Vermögen, die als Betriebsvermögen weitgehend steuerfrei übertragen werden können.¹⁵ Dies kann unter dem Aspekt der Chancengleichheit Anlass zu Kritik sein. Ein Überdenken der letzten Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer im Hinblick auf die gewährten Freibeträge und die Steuerprivilegien für Unternehmensvermögen ist hier anzuraten.

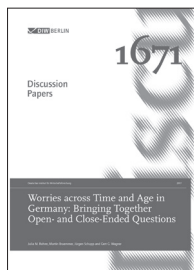
Zudem sollte die Politik die Vorgaben für die Statistiken zur Erbschaft- und Schenkungssteuer erweitern. Einbezogen werden sollten auch sämtliche erfassten Meldungen zur Höhe des Erbes, auch wenn es zu keiner Steuerveranlagung kommt. Zwar würden es hierdurch zu bürokratischen Mehrbelastungen kommen, die jedoch in Zeiten wachsender Digitalisierung in der Verwaltung mittel- und langfristig nur zu geringen finanziellen Belastungen führen dürften. Dann könnten fundierte Informationen zum Erbvolumen in Deutschland der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

¹⁵ Stefan Bach und Thomas Mertz (2016): Vor der Erbschaftsteuerreform: Nutzung der Firmenprivilegien hat Minderjährige zu Multimillionären gemacht. DIW Wochenbericht Nr. 36, 812–820.

Markus M. Grabka ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mgrabka@diw.de

Discussion Papers Nr. 1671

2017 | Julia M. Rohrer, Martin Bruegger, Jürgen Schupp, Gert G. Wagner



Worries across Time and Age in Germany: Bringing Together Open- and Close-Ended Questions

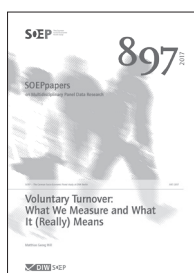
We investigate how worries in Germany change across time and age, drawing on both closed-ended questions (which typically list a number of worry items) and open-ended questions answered in text format. We find that relevant world events influence worries. For example, worries about peace peaked in 2003, the year of the Iraq War, with a considerable number of respondents also referring to the Iraq war in their text responses. Furthermore, we found that – controlling for these historical effects – worries about various topics such as health and the general economic situation increase with age. With increasing age, respondents also became more likely to answer the open-ended question. This suggests that the age increases in worries we found are not merely a result of an age-biased choice of worry items, but instead also hold for worries self-generated by the respondents.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEPpapers Nr. 897

2017 | Matthias Georg Will



Voluntary Turnover: What We Measure and What It (Really) Means

In this paper, we run regression analyses to explain voluntary turnover intentions with data from more than 5,000 employees and with about 250 explanatory variables. The findings of our multi-factor approach highlight the fact that previous empirical research might have over-estimated the impact and significance of many factors. We show the relevance of the so-called omitted variable bias to our findings and present an empirical approach to gain estimations that are more accurate. Our approach can estimate in detail the relevance of different factors from the following categories: (a) employees' satisfaction, (b) industry, (c) firm size, (d) status and position, (e) commuting and working hours, (f) income, incentives and fairness, (g) career development, (h) health, (j) political orientation, (k) demographics, and (l) personality traits.

www.diw.de/publikationen/soeppapers





Prof. Dr. Dorothea Schäfer, Forschungsdi-
rektorin Finanzmärkte am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin
wieder.

Wer im Glashaus sitzt...

Zwei von der EZB beaufsichtigte italienische Banken, die Veneto Banca und die Banca Popolare di Vicenza, werden zerschlagen. Die „guten“ Teile gehen für einen symbolischen Euro an die Großbank Intesa Sanpaolo. Die Verlustbringer kommen in eine Bad Bank. Der Rettungsfonds der italienischen Banken Atlante hat nach dem Stresstest 2014 mehrere Milliarden Euro Eigenkapital in die beiden Banken eingeschossen. Mit der Abwicklung verliert der Fonds, wie die anderen Aktionäre auch, seine Anteile. Zusätzlich werden die Besitzer von nachrangigen Bankanleihen herangezogen. Zum vollständigen Bail-In fehlen die vorrangigen Anleihebesitzer und die Einleger mit mehr als 100.000 Euro auf den Konten. Von letzteren dürfte es allerdings ohnehin nicht allzu viele geben. Die meisten Privatanleger haben wohl ihre Gelder längst über mehrere Banken gestreut, wenn sie denn in der glücklichen Position sind, mehr als die Summe zu besitzen, die pro Bank durch die Einlagensicherung abgesichert ist.

Beide Krisenbanken wurden 2014 als „bedeutend“ eingestuft und stehen seither unter EZB-Aufsicht. Trotzdem wird der Europäische Abwicklungsfonds nicht tätig. Stattdessen werden die Banken unter Anwendung nationaler Insolvenzregeln und unter massiver staatlicher Verlustübernahme abgewickelt. Das ist ein klarer Verstoß gegen den Geist der europäischen Bail-In-Regeln. Mit deren Inkrafttreten sollten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ja davor geschützt sein, zwangsweise die Kosten des Missmanagements üppig entlohnter Bankmanager zu übernehmen. Die Aufregung darüber, dass sich Italien unter Zustimmung der europäischen Aufsichtsbehörden über das Bail-In zumindest teilweise hinwegsetzt, ist groß in Deutschland. Die Kritik entzündet sich vor allem daran, dass sich Italien („wieder einmal“) nicht an die gemeinsamen Regeln hält.

Aber halten wir uns eigentlich selber daran? Die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben in der Finanzkrise mehr als 200 Milliarden Euro zur Stützung jener Banken

bereitgestellt, die sich an windigen US-Subprime-Anleihen verhoßen hatten. Italiens Banken haben interessanterweise diesen Fehler gar nicht gemacht. Ihnen war die Gründung jener außerbilanziellen Investitionsvehikel verboten, die üblicherweise für das Engagement in US-Subprime-Anleihen genutzt wurden.

Italiens Banken sind durch die hartnäckige wirtschaftliche Malaise im Gefolge der Finanz- und Euroschuldenkrise in Schwierigkeiten geraten. Kreditausfälle schnellen in die Höhe, wenn über viele Jahre den Firmen die Nachfrage und den Menschen die Arbeitsplätze fehlen, und so haben Italiens Banken mit Bergen von faulen Krediten in ihren Büchern zu kämpfen. Etwa jeder sechste Bankkredit ist notleidend. Ein zweimaliger Wachstumseinbruch in „italienischer“ Dimension hätte wohl auch das deutsche Bankensystem vor extreme Herausforderungen gestellt. Wären unsere Regierung und die Aufsichtsbehörden unter solchen Umständen standhaft geblieben und hätten sich genau an das Bail-In-Prozedere gehalten? Sehr wahrscheinlich ist das nicht.

Die hiesigen Banken haben momentan das „Glück“, bei ansonsten brummender Wirtschaft nur mit einer hartnäckigen Schiffs- und Reedereikrise kämpfen zu müssen. Betroffen sind vor allem die Landesbanken in Norddeutschland. Die seit Jahren schwer kriselnde und bereits einmal gerettete HSH Nordbank steht auf Geheiß der EU-Kommission zum Verkauf. Im Dezember 2015, und damit nach Inkrafttreten des gemeinsamen EU-Abwicklungsregimes, haben Hamburg und Schleswig-Holstein eine gemeinsame Bad Bank gegründet, um die HSH Nordbank von belastenden Schiffskrediten zu befreien. Die Rettung der Landesbank wird trotz EU-Abwicklungsregime auf nationaler Ebene und auf Kosten der hiesigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler betrieben. Der gemeinsame Abwicklungsmechanismus samt Bail-In-Regeln spielt dabei keine Rolle. Wer im Glashaus sitzt ... Mit dem Einhalten der Bail-In-Regeln allein bekommt man die Krise im italienischen Bankensektor ohnehin nicht unter Kontrolle. Ein Plan, wie der Berg an faulen Krediten langsam aber sicher abgebaut werden kann, muss her.